Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 3.— Mk., durch unsere Austräger 3.— Mk. und 50 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 3.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 30 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1,20 Mk., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Vorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich zweimaligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 190 — Dienstag den 16. August 1921 — 48. Jahrg.

Die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen.

In seiner Schlußsitzung hat der Oberste Rat die Aufhebung der widerrechtlich gegen Deutschland verhängten Wirtschaftssanktionen beschlossen. Wenn man die Verhandlungen und den gefaßten Beschluß durchliest, könnte man, wenn die Sache für uns nicht so verteufelt ernst wäre, heil auflachen. Das ganze mutete wie eine wohleinstudierte Komödie an. Da Frankreich sich in der Frage der Wirtschaftssanktionen in einer völligen Isolierung befand, andererseits England darauf bestand, das Versprechen der Aufhebung einzulösen, so maskierte Herr Briand seinen Rückzug damit, daß er selber die Aufhebung der wirtschaftlichen Strafmaßnahmen befürwortete. Frankreich hat aber dennoch durchzusetzen vermocht, daß die militärischen Sanktionen vorläufig weiter gelten sollen. Herr Briand hat das mit der Bedrohung Frankreichs und den Leipziger Prozessen begründet. In Wahrheit ist es eine Verbeugung vor der Pariser Straße, die den französischen Premier immer wieder zu unsachlichen Konzessionen verleitet. England hat leider geglaubt, dem krankhaften französischen Prestigebedürfnis nachgeben zu sollen. Offenbar aber hat es dafür die Zusicherung erhalten, daß die Aufhebung auch der militärischen Sanktionen in Bälde erfolgen muß. In Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf wird sich also noch eine Zeitlang die französische Besatzung breit machen, wird Unkosten über Unkosten verschlingen und die deutschen Schulen und öffentlichen Gebäude ihren wichtigen kulturellen und sozialen Aufgaben entziehen. Für die Einwohner der besetzten Orte ist die Leidenszeit also noch nicht vorüber. Man darf auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne erneut auf das allerschärfste gegen diese ungesetzlichen, vertragswidrigen Sanktionen vor der gesitteten Welt Einspruch zu erheben.

Darüber darf man allerdings nicht im Zweifel sein, daß mit der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen der weitaus schlimmste Teil jener Bedrückungsmaßnahmen verschwunden ist, die die Londoner Konferenz über Deutschland gebracht hatte. Die Abschnürung des Rheinlandes durch die neugeschaffene Zollgrenze war eine furchtbare Bedrohung des ganzen besetzten Gebietes und eine schwerste Bedrückung der ganzen deutschen Wirtschaft. Daß es auch hier ohne Prestigepolitik nicht abging, zeigt die Tatsache, daß man die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen für den 15. September noch mit besonderen Bedingungen hat ausstatten zu müssen geglaubt. Von diesen Bedingungen ist die erste rein dekorativer Natur. Auch die Gegner wissen genau, daß am 31. August die fällige Zahlung von einer Milliarde Goldmark völlig begleichen sein wird. Aber Herr Briand muß seinen kriegstangenden Indianern doch bei der nächsten Kammervorstellung wieder einige Skalps vorweisen können. Die zweite Bedingung, daß eine interalliierte Kommission die Einfuhrbewilligungen ihrer Länder nach dem besetzten Gebiete überwachen soll, ist in ihrer Wirkung noch nicht zu übersehen. Aber wir haben allen Grund, peinlichst darauf zu achten, daß diese interalliierte Einfuhrbewilligungsstelle uns nicht ein neues Loch im Westen verschafft. Offenbar will die Entente willkürlich in die deutsche Einfuhrpolitik eingreifen zugunsten der französischen Luxusmaren. Wenn aber die Reparation wirklich geleistet werden soll, dann ist gerade ein Einfuhrverbot für allen überflüssigen Luxus vonnöten. Daß die Kommission in Koblenz ein übergangsregime einrichten soll, deutet darauf hin, daß diese „Bedingung" sofort „erfüllt" wird. Auch hier handelt es sich wieder um eine Schaustückpolitik, die nur den einen Beweis liefert, wie unsachlich Herr Briand operieren muß, wenn er sich vor seiner nationalistischen Kammer behaupten will.

Daß die Sitzung des Obersten Rates die Aufrechterhaltung der in Deutschland arbeitenden Kontrollkommissionen beschließen würde, war von vornherein anzunehmen. Da sie aber beim besten Willen nichts mehr auszurichten oder vielmehr zu tun haben, so hat selbst der Marschall Foch ihren schrittweisen Abbau empfohlen. Man wird sie also bald nach berühmtem Muster in Abwicklungsstellen umwandeln.

So unbereichend die Sitzung des Obersten Rates mit ihrer Verschiebung der oberschlesischen Entscheidung und mit dem Fortbestehen der militärischen Sanktionen für Deutschland ist, so kann doch nichts darüber hinwegtäuschen, daß ein namhafter Fortschritt mit der Aufhebung der Wirtschaftskonzessionen erzielt worden ist. Das Erreichte ist ein neuer Erfolg des Kabinetts Wirth, und niemand darf sich in Deutschland dem geringsten Zweifel darüber hingeben, daß unter anderen Voraussetzungen, d. h. bei Nichtannahme des Ultimatums und ohne den politischen Kurs erniter Erfüllungsabsicht, der jetzige Fortschritt nicht errungen worden wäre. So wenig er uns genügt, so sehr wir nach wie vor unser volles Recht fordern, so kann doch nur derjenige das Ergebnis verkleinern wollen, dem die furchtbaren Nöte und Sorgen der rheinischen Bevölkerung über die wirtschaftliche Losreißung vom Mutterlande völlig fremd geblieben sind. Die gegenwärtige Politik ist auch allein imstande, den Sieg des Rechts zu vervollkommnen.

*

Herabsetzung der Kohlenlieferungen.

Paris, 15. Aug. Wie der „Temps" mitteilt, hat die Reparationskommission die Kohlenlieferungen, wie sie im Abkommen von Spa vorgesehen sind, vorübergehend herabgesetzt. Diese Herabsetzung wurde von der Kommission für nötig gehalten, um einem augenblicklichen Produktionsdefizit Deutschlands Rechnung zu tragen. Das theoretische Programm von 2,2 Millionen Tonnen monatlicher Gesamtlieferung an die Alliierten bleibt aufrecht erhalten. Man sei sich aber darüber einig geworden, daß man vor Deutschland mit besonderer Dringlichkeit die Lieferung von 1,6 Millionen Tonnen Kohlen verlangen müsse, wovon Frankreich und Luxemburg 1,1 Millionen zustanden. Das sei die Grundlage, auf der die Lieferung gegenwärtig vor sich gehe.

Die Beschlüsse der Finanzkonferenz.

Die interalliierte Finanzkonferenz ist neben der wichtigen Sitzung des Obersten Rates fast unbeachtet geblieben. Und doch hat auch sie bedeutungsvolle Beschlüsse gefaßt. So ist z. B. ein Übereinkommen getroffen worden, demzufolge der Wert der Saargruben einschl. der von Deutschland bereits in Natura geleisteten Lieferungen Frankreich auf die Rechnung der vor dem 1. Mai geleisteten Zahlungen angerechnet wird. Da diese Summen zweifellos den Gesamtbetrag der von Frankreich für Unterhaltung seiner Besatzungsarmee aufgebrachten Kosten übersteigen, so geht der Überschuß auf das Reparationskonto. Erstreckt ist auch der Beschluß, daß Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die bedeutenden Schwankungen des deutschen Wechselkurses zu vermeiden, die durch die Beschaffung fremder Devisen entstehen. Dagegen widerspricht der Beschluß, daß die von Deutschland bis zum 31. August 1922 gelieferte Kohle, die bisher zum englischen Exportpreis tarifiziert wurde, zum deutschen Inlandspreis berechnet werden soll, direkt dem Abkommen von Spa. Frankreich steckt auf diese Weise unverdientermaßen die Kleinigkeit von 140 Millionen Goldmark ein.

Der Film „Die Schwarze Schmach" auf Frankreichs Forderung verboten.

Der preußische Minister des Innern hatte in Konsequenz zweier Noten des französischen Botschafters Laurent den Antrag auf Widerruf der Zulassung des von der Bayerischen Filmgesellschaft hergestellten Films „Die Schwarze Schmach" bei der Überprüfungsstelle gestellt. Die Noten gelangten in der Verhandlung zur Verlesung, sie fordern das Verbot des Films, weil er geeignet sei, die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu gefährden. Diesem Antrage traten die Vertreter des Auswärtigen Amtes und des preußischen Ministeriums des Innern bei. Diesen Ausführungen trat der Vertreter der Firma mit rechtlichen und sachlichen Gründen entgegen. Die Reichsregierung habe in wiederholten Erklärungen betont, daß sie sich niemals des Rechtes begeben werde, die Öffentlichkeit im In- und Auslande über Maßnahmen anderer Regierungen, die sie als unberechtigt oder entmutigend ansehe, in angemessener Weise aufzuklären. Die Regierungsvertreter erwiderten, daß die Regierung sich nur gegen unwahre Darstellungen wende, daß aber in diesem Film auch eine Reihe nicht richtiger Tatsachen Verwendung gefunden habe. Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende Oberregierungsrat Busse die Entscheidung dahin, daß mit Stimmenmehrheit die Zulassung des Films für das Deutsche Reich widerrufen, der Film also verboten sei. Die Mehrheit sei bei ihrer Entscheidung insbesondere von der Erwägung ausgegangen, daß auch jede mögliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland vermieden werden müsse, zumal im gegenwärtigen Augenblick, und daß ein Propagandamittel nur wirken könne, wenn es ehrlich sei. Hier seien indes verschiedene unrichtige Tatsachen verwendet worden, das aber könne leicht dazu führen, daß sich die Propaganda für Deutschland zu einem Schaden für Deutschland umkehre. Andererseits aber habe die Überprüfungsstelle die guten und vornehmen Absichten dieses Filmwerks und seine überzeugende Kraft voll anerkannt, die sich in einer geradezu erschütternden Wirkung einzelner Teile offenbare.

Die Lage im Reiche.

Das Sondergericht in Halle eingezogen.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist durch eine Verfügung des Reichsjustizministers nunmehr auch das außerordentliche Gericht in Halle a. S. aufgehoben worden. Damit hat das letzte der noch in Tätigkeit befindlichen Sondergerichte seine Tätigkeit eingestellt. Am Montag wurde die letzte Sitzung abgehalten. Die noch ausstehenden Verfahren werden den ordentlichen Gerichten überwiesen.

Die neuen Steuern vor dem Reichswirtschaftsrat.

Der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat sich mit den Gesetzentwürfen über die Erhöhung der Kohlensteuer und Erhöhung der Einfuhrzölle beschäftigt. Gegen die provisorische Regelung der Kohlensteuer bis zum 31. März 1922, die der Entwurf vorsieht, wurden schwere Bedenken erhoben, da die grundsätzlichen Fragen der Kohlenbesteuerung unbedingt erledigt werden müßten. Die Frage wurde einem Unterausschuß zur Spezialberatung überwiesen. Den von der Regierung verlangten Zollerhöhungen trat der Ausschuß grundsätzlich bei, verlangte aber noch weitere Materialvorlegung.

Bayerische Vorkehrungen in Berlin gegen die wilde Getreidespekulation.

München, 15. Aug. (WTB.) Ministerpräsident Dr. v. Kahr richtete laut der Bayerischen Staatszeitung infolge der durch die Vorgänge auf dem Getreidemarkt geschaffenen bedrohlichen Lage ein Telegramm an den Reichskanzler, worin erklärt wird, daß der Getreideaufkauf in Bayern infolge der Preistreiberei und der unbeschränkten Ausfuhr Formen angenommen habe, die nicht nur die Privatversorgung, sondern auch die öffentliche Sicherheit gefährde. Abhilfe sei nur durch die im § 42 der Reichsgetreideordnung dem Reichsernährungsminister eingeräumten Befugnisse möglich, von denen Gebrauch zu machen nicht nur im dringendsten Interesse Bayerns, sondern auch des Reiches liege. Die Ablehnung des darauf bezüglichen bayerischen Antrages durch das Reichsernährungsministerium bedeutete es sich auch wegen der politischen Folgen. Er erbitte eine nochmalige Prüfung und umgehende Mitteilung des Ergebnisses. Wie das Blatt weiter hört, wurde gleichzeitig die bayerische Gesandtschaft in Berlin angewiesen, im Sinne des Antrages beim Reichskanzler mündlich vorstellig zu werden.

Baldige Ratifizierung des deutsch-amerikanischen Friedensabkommens.

Aus Washington wird gemeldet: Amtlich wird mitgeteilt, daß das Friedensabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland innerhalb kürzester Frist rechtskräftig werden soll. Präsident Harding teilte dem Senat mit, daß das Abkommen wahrscheinlich noch vor Ende Dezember dem Senat zur Ratifizierung unterbreitet werden kann.

Im allgemeinen ist das Abkommen auf der Grundlage der Vorschläge der Senatoren Knox und Porter aufgebaut worden. Inzwischen sind neue Bestimmungen aufgenommen worden, durch die Amerikas Rechte über wirtschaftliche Abmachungen mit den Alliierten sichergestellt werden.

Das Ende der Leipziger Kriegsbeschuldigtenprozesse.

Wie wir an zuständiger Stelle erfahren haben, stehen zurzeit beim Reichsgericht keine weiteren Termine gegen deutsche Kriegsbeschuldigte mehr an. Allerdings schweben in einigen Fällen von den feindlichen Listen noch Vorunterfuchungen, über deren Gang und Stand naturgemäß nichts gesagt werden kann. Ob auf Grund dieser Vorunterfuchungen in den einzelnen Fällen das Hauptverfahren eröffnet wird, hängt natürlich von dem Ergebnis und von der Entscheidung des Oberreichsanwalts ab. Jedenfalls ist anzunehmen, daß die zurzeit im Stadium der Vorunterfuchung befindlichen Fälle noch zur Verhandlung gelangen. Neue „Fälle", die bislang noch nicht anhängig gemacht werden sind, werden aber nach dem Beschluß des Obersten Rates dem Reichsgericht zunächst, und voraussichtlich für immer, nicht mehr überwiesen werden.

Das Verfahren gegen Jagow.

Das Reichsgerichtsverfahren gegen die am Kapp-Putsch beteiligt gewesenen Personen, darunter gegen den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow scheint nunmehr allmählich in Fluß zu kommen. Vom Präsidenten des Feriensrafsenats des Reichsgerichts ist nunmehr, wie die „Frankfurter Zeitung" erfährt, Zustellung der Anklage an die Beschuldigten zwecks Abgabe etwaiger Gegenerklärungen veranlaßt worden. Das Reichsgericht wird, sobald diese Erklärungen eingegangen sein werden, über die Eröffnung des Hauptverfahrens Beschluß fassen, und sobald der Eröffnungsbeschluß ergangen ist, wird der Termin für die Hauptverhandlung angesetzt werden.

Gegen die Zwangswirtschaft.

Der Unterausschuß für Landwirtschaft und Ernährung des Reichswirtschaftsrats hat sich in einer Entschließung für die Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft zum 1. Oktober 1921 ausgesprochen. Die Entschließung verlangt ferner, daß das Zuckerzollsurrogat und das Zuckerausfuhrverbot bis auf weiteres aufrechterhalten sind, da eine Zucker-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210816-18/fragment/page=0001

nähernde in Aussicht stehe, mit deren Ergebnis der deutsche Zuckerbedarf gedeckt werden kann. Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats hat dieser Entschließung zugestimmt.

Die Hilfsexpedition für Rußland.

Als Leiter der Hilfsexpedition des Deutschen Roten Kreuzes, die demnächst Stettin auf einem nach Petersburg bestimmten Schiff verlassen wird, ist der bekannte Hygienier Prof. Peter Mühlens in Hamburg gewonnen. Mühlens, geboren 1874, ist ein Schüler des Hamburger Instituts und des Berliner Robert Koch-Instituts. In jahrelangen Arbeiten in Ostasien und in der Südsee auf Expeditionen zur Bekämpfung der Malaria in Jerusalem, während des Krieges in Vorderasien und Bulgarien hat er sich den Ruf einer maßgebenden Autorität auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung erworben. Er wird bei der ersten Ausreise von anerkannten Bakteriologen und Hygienikern nebst einem Stab von Hilfspersonal begleitet werden.

Zurückgekaufte ehemalige deutsche Dampfer.

Hamburg, 15. Aug. Auf der Elbe sind folgende von England zurückgekaufte ehemalige deutsche Dampfer zu erwarten: „Spezia" (3786 Brutto-Register-Tonnen), früher Hamburg-Amerika-Linie „Elbing" (4884 Br.-Reg.-To.) und „Offenbach" (4390 Br.-Reg.-To.), beide früher Deutsch-Australische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, und „Herzfeld" (4784 Br.-Reg.-To.), früher Kontinental-Rederei.

Rückkehr deutscher Minensucher.

Stockholm, 16. Aug. (WTB.) „Aftonbladet" meldet aus Wlibsbo: Sieben deutsche Minensucher liefen in den Hafen von Faröfund ein. Acht weitere werden heute erwartet.

Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks.

Kassel, 15. Aug. (WTB.) **Wie die Eisenbahndirektion amtlich bekanntgibt, hat der Eisenbahnerstreik heute auf die Bahnhöfe Hann.-Münden, Göttingen, Northeim, Kreiensen, Seesen, Warburg W. und Scherfede übergegriffen. Einige Personenzüge mußten auf kürzere Entfernungen ausfallen. Im übrigen wird der gesamte Personen- und Güterverkehr aufrecht erhalten.**

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter hat es, obwohl sie die Forderungen der Arbeiter an sich als berechtigt anerkennt, entschieden abgelehnt, den selben Streik, vor dessen Ausbruch die Verhandlungsmöglichkeiten nicht erschöpft waren, irgendwie zu unterstützen.

Lohnbewegung der Jenaer Arbeiterschaft.

Jena, 15. Aug. Die Arbeiter des Glaswerkes Schott & Gen. sind wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Auch bei den Optischen Werken von Zeiß ist die Arbeiterschaft erneut mit Lohnforderungen an die Betriebsleitung herangetreten. In Jena streiken zurzeit auch die Arbeiter der Zollstockfabrik Schietrumpf und die gesamte Bauarbeiterschaft.

Streik und Kündigung auf den hannoverschen Kalibergwerken.

Hannover, 15. Aug. Die Belegschaft der Kaliwerke Siegfried I und II in Vogelbeck, Kreis Northeim, ist am 11. d. M. in den Streik getreten. Die Werksleitung hat demzufolge die ganze Belegschaft auf Anweisung der Generaldirektion gekündigt. Die Ruhe ist bisher nicht gestört worden.

Fortdauernde Streiks.

Harburg, 16. Aug. (WTB.) Der Streik in der Ölindustrie dauert fort. Die Streikenden haben nach der Ablehnung des Angebotes der Arbeitgeber auch den Spruch des Zentralschlichtungsausschusses in Berlin nicht angenommen. Nach der Ablehnung des Spruches ist eine neue Urabstimmung beschlossen worden. — Die Olarbeiter in Bremen hingegen haben mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Bremen, 15. Aug. (WTB.) Der Streik der Staatsarbeiter nimmt seinen Fortgang. Die technische Nothilfe ist in allen lebenswichtigen Betrieben eingesetzt. Die Großindustrie ist zum Teil lahmgelegt, da die Abgabe von elektrischem Strom nur an die lebenswichtigen Betriebe erfolgt. Der Straßenbahnverkehr ruht nach wie vor. Die Aktiengesellschaft Weser hat infolge eigener Kraftversorgung ihren Betrieb aufrechterhalten. Die Arbeiter sind vollzählig zur Arbeit erschienen, üben aber passive Resistenz. Der Senat trat mittags wegen des Streiks erneut zusammen. An der Beratung nahm ein Ministerialvertreter aus Berlin teil.

Der Stettiner Bäckerinnenstreik noch verhindert worden.

Stettin, 15. Aug. Wie wir schon berichteten, hatten die Stettiner Bäckerinnen beschlossen, vom 12. August ab kein Markenbrot mehr zu backen, weil ihnen der Preis von 4,40 M für ein 1300 Gramm-Brot nicht bewilligt wurde. Nun ist eine Einigung erzielt worden, indem das Brot 4,30 M kostet. Brot ohne Marken im Gewichte von 1400 Gramm kostet 7 M.

Ein Schulstreik.

Eine Elternversammlung in der Gartenstadt Staken bei Berlin beschloß heute den Schulstreik zu beginnen, um dadurch die Schaffung eines Religionsfaches zu erzwingen, das die aus dem konfessionellen Religionsunterricht ausgeschlossenen Kinder in zu Freischulen zusammengeschlossenen Schulen zuläßt.

Schulstreik in Spandau.

Das „B. Z." berichtet: **Die Freie Schulgesellschaft in Spandau hat in einer Elternversammlung den Schulstreik vom 16. August ab beschlossen, weil für die vom Religionsunterricht befreiten Kinder keine besonderen Schulgebäude zur Verfügung gestellt werden. Die Spandauer Lehrerschaft ist geschlossen gegen die Bewegung. Sie vertritt die Einheitsschule.**

Gegen die Teuerung in Ostpreußen.

Erst die Partei!

Auf Veranlassung des Königsberger Wahlvereins der Deutschdemokratischen Partei sind vor einigen Tagen die politischen Parteien Ostpreußens zu einer Besprechung der allgemeinen Ernährungslage dieser Provinz und etwa zu ergreifender Maßnahmen gegen die Teuerung zusammengetreten. Bei der ersten Besprechung waren Angehörige sämtlicher politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten anwesend. Unmittelbar darauf jedoch lehnten die beiden sozialistischen Parteien durch ihre Königsberger Blätter in brüskier Weise jedes Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien in dieser Frage ab. Wie aus den Ausführungen der Mehrheitssozialdemokraten in der „Königsberger Volkszeitung" hervorgeht, liegt der mehrheitssozialdemokratischen Parteileitung in Königsberg mehr an einer zugkräftigen Agitationsparole als an sachlicher Arbeit und Linderung der bringlichsten Not. Die Besprechungen werden unter Hinzuziehung der landwirtschaftlichen Verbände und der Behörden am Freitag fortgesetzt und man hofft, daß es möglich sein wird, eine vorzugsweise Besserung mit Lebensmitteln der minderbemittelten Schichten, besonders der Kleinrentner und Pensionäre in die Wege zu leiten. Das Verhalten der Sozialdemokraten überrascht nicht, sie haben von jeher versagt, wenn es Interessen zu schützen galt, die nicht ausschließlich diesenigen der Handarbeiter sind.

Aus dem besetzten Gebiet.

Beschlagnahme deutschen Eigentums in Eupen-Malmedy.

Einen wichtigen Erlaß bringt das Amtsblatt: „Eupen-Malmedy" zur Kenntnis. Danach sind alle Güter, Rechte und Anteile derjenigen deutschen Staatsbürger, die am 10. Januar 1921 in Eupen-Malmedy keinen Wohnsitz hatten, zu beschlagnahmen. Ausgenommen sind diejenigen, die unter den Artikel 37 des Versailler Vertrages fallen (das heißt alle diejenigen in Eupen-Malmedy wohnenden Deutschen, die für Deutschland innerhalb zweier Jahre opterten).

Militärdienstparagraph für das Saargebiet.

Saarbrücken, 16. Aug. Die Justizreform des Saargebiets, das nach dem Friedensvertrage bekanntlich keinerlei Militär besitzen oder Militärdienst leisten darf, enthält folgenden Paragraphen: „Wer im Saargebiet jemanden zum Militärdienst in einem andern als diesen heimatlichen Heere anwirbt oder den Werbern eines solchen zuführt, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu drei Jahren bestraft. Auch der Versuch ist strafbar."

Die Erschwerung der Vaterschaftsklagen im Rheinland.

Die Rheinlandkommission teilte dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete ihre Entscheidung mit, wonach sie beschlossen habe, nicht mehr zuzulassen, daß die deutschen Gerichte über Vaterschaftsklagen gegen Personen entscheiden, die zu den alliierten Armeen oder zur Interalliierten Rheinlandkommission gehören. Die Rheinlandkommission ist der Ansicht, daß der Kläger seine Klage vor dem nationalen Gericht des Beklagten einbringen muß.

Ein Jahr Gefängnis für einen deutschnationalen Redner im Rheinland.

Das französische Kriegsgericht verhandelte am Freitag gegen den Vorsitzenden und Geschäftsführer der Ortsgruppe Wiesbaden der deutschnationalen Volkspartei. Die Ortsgruppe hatte eine politische Feier abgehalten, ohne sie vorschriftsmäßig angemeldet zu haben. Die Versammlung wurde von einem Geheimpolizisten überwacht. Der Referent des Abends machte Ausführungen über die Sanktionen und über das Verhalten der Franzosen in Oberschlesien, die als „Beleidigungen Frankreichs" aufgefaßt wurden. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, der zu der Verhandlung nicht erschienen war, wurde in Abwesenheit zu einem Jahr Gefängnis und 10000 M Geldstrafe, der erschienene Lokalwirt zu 2000 M Geldstrafe verurteilt.

Politische Uebersicht.

Die neue spanische Regierung.

Das neue spanische Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident: Maura; Äußeres: Cosgales; Finanzen: Cambo; Krieg: La Cierva; Marine: Marquis de Cortina; Verkehrswesen: Maeztre; Kultus: Silio; Inneres: Conte de Coello; Arbeitsministerium: Mateß; Justiz: Francesco Rodriguez. Die Parteizugehörigkeit der neuen Minister ist sehr verschieden, es ist ein richtiges Konzentrations- und Notministerium.

Auflehnung französischer Arbeiter.

Die Direktion der Metallgießerei Le Poutre hatte die Arbeiter beauftragt, Kriegsgranaten herzustellen. Die Arbeiterschaft weigerte sich aber, diese Arbeit auszuführen. Da die Direktion darauf erklärte, daß sie keine andere Arbeit für ihre Angestellten hätte, traten die Arbeiter in den Streik.

In England gibts Luftschiffe gratis.

London, 15. Aug. Aus Sparsamkeitsgründen beschloß die englische Regierung, die militärische Luftschiffahrtsabteilung abzuschaffen. Bereits Anfang Juni wurden sechs große Luftschiffe gratis mit allem Zubehör denjenigen angeboten, die bereit waren, die Schiffe für Handelszwecke zu gebrauchen, aber niemand nahm das Angebot an.

Der Riesenmilitarismus der Tschechei.

Prag, 15. Aug. Der 322 Millionen Kronen betragende Militärkredit wurde in der Sitzung des Senats ohne Debatte angenommen.

Generalstreik gegen Ententepolitik in Südslavien.

Belgrad, 15. Aug. In Fünfkirchen wurde als Protest gegen die bevorstehende Räumung des Baranya-Gebietes durch die südslavischen Truppen der Generalstreik erklärt.

Die Hungersnot in Rußland.

Riga, 15. Aug. Die Sowjetregierung wankt immerfort hin und her in dem Bestreben, die Ausländer auszunutzen, oder die Hungersnot selbst zu bewältigen. Der Ertrag der gesamten Ernte in Rußland wird neuerdings von der Sowjetregierung mit 2276 Millionen Pud angegeben, wovon das Saatgetreide 140 Millionen Pud erfordert, so daß allo ein Reinertrag von 1844 Millionen Pud bleibt. Letztere würden, auf 140 Millionen Einwohner berrechnet, das zehnpudige Existenzminimum pro Kopf um 3 Pud überschreiten und damit das Ernährungsproblem vollständig gelöst erscheinen.

Paris, 15. Aug. In der Sitzung des Obersten Rates am Sonnabend wurde auch über die russische Hungerkatastrophe gesprochen. Der Oberste Rat ist bereit, eine Kommission, aus drei Mitgliedern bestehend, einzusetzen. Diese Kommission würde den Kern eines großen internationalen Komitees bilden, welches die große russische Ernährungsfrage aufnehmen hat. In dieses Komitee werden Vertreter der Neutralen eintreten und ebenso Vertreter der philantropischen Einrichtungen und anderer, die eingeladen werden sollen, mit den Vertretern der Entente zusammenzuarbeiten.

Gorki Rußlands Lebensmittelkommissar.

Stockholm, 15. Aug. Nach Blättermeldungen aus Reval hat der Rat der Volkskommissare Maxim Gorki anstelle von Trotzki zum Kommissar für die Lebensmittelversorgung für ganz Rußland ernannt.

Kommunistische Delegierte in Moskau verhaftet.

Reval, 15. Aug. In das Moskauer Butyrka-Gefängnis sind zwei finnische, drei jugoslawische, ein amerikanischer, ein englischer und ein deutscher kommunistischer Delegierter zum Kongreß der Kommunistischen Internationale eingeliefert worden, weil sie auf dem Kongreß unerwünschtes Material vorgebracht haben.

Merseburg und Umgegend.

16. August.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Beilage.)

** **Aus der Merseburger Geschäftswelt.** Die Feinkosthandlung der Witwe Adelheid Wirth in der Gotthardstraße ist durch Kauf an Fräulein Margarete Weigt übergegangen, die bisher die Geschäftsführung dort inne hatte.

** **Ausgabe von Wäsche an Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene.** Von der „Amtlichen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene des Stadtkreises Merseburg" gelangen in den nächsten Tagen Wäsche und Bekleidungsstücke zu mäßigen Preisen an Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene zur Verteilung. Soweit Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene einer Organisation nicht angehören, wollen sie ihre Bestellungen bei ihrem Fürsorger bezw. direkt bei der unterzeichneten Fürsorgestelle, Neues Rathaus, 1 Treppe, Zimmer 16 a, sofort einreichen.

** **Ablehnung des Schiedsspruchs im Baugewerbe.** Wir hatten in der vorigen Woche von dem im Baugewerbe ergangenen Schiedsspruch des Bezirksobmanns berichtet, der bis zum Mittag des heutigen Tages anzunehmen war. Wie sich schon vorher sagen läßt, ist dieser Schiedsspruch bezeichnen, da er offenbar sowohl von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern abgelehnt worden ist. In einer am Freitag abgehaltenen Versammlung des Bauarbeiterverbandes für Merseburg wurde mit überwältigender Mehrheit der Schiedsspruch abgelehnt. Ein gleiches Ergebnis dürften die Versammlungen der übrigen Fritzvereine des Bauarbeiterverbandes gehabt haben, so daß der Schiedsspruch bei den Arbeitnehmern eine Ablehnung erfährt. Aber auch bei den Arbeitgebern hat der Schiedsspruch keine Gegenliebe gefunden. Die drei größen Arbeitgeberverbände des Baugewerbes, Hochbau, Betonbau und Tiefbau für die Provinz Sachsen und Anhalt haben in ihren Versammlungen am 13. August den Schiedsspruch des Bezirksobmanns, wonach eine Lohnerhöhung von 70 ₰ pro Stunde erfolgen soll, abgelehnt. Die genannten Arbeitgeberverbände haben den Reichsarbeitsminister um sofortige Einleitung von

Über staatsbürgerliche Erziehung.

Von L. M., B. (Nachdruck verboten.)

Nach Artikel 148 der Reichsverfassung sind Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht Lehrfächer der Schule. Durch Verfügung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird sofortige Einführung staatsbürgerlicher Belehrungen für die beiden letzten Jahrgänge aller Volksschulen angeordnet.

Staatsbürgerliche Erziehung und Bildung sind nichts Neues. Staatsbürger kannte auch das Mittelalter. Die Hauptmomente, die den Begriff damals ausfüllten, sind Aufopferung, Gehorsam, Unterwerfung. Der Staatsbürger damaliger Zeit erfreute Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung. Mit der Umbildung der Staatsform wurde dem Bürger zur Pflicht gemacht, was er als Recht erstrebt hatte. Dadurch erfuhr der Begriff „Staatsbürger" eine Erweiterung. Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung auszuüben, setzt bei dem Staatsbürger bestimmte Fähigkeiten voraus, die nicht ohne weiteres durch die Umbildung der Staatsform von selbst in Erscheinung treten. Bei Mangel dieser Fähigkeiten gefährdet die Erhaltung und Fortentwicklung des Ganzen, gefährdet die Sicherheit unseres Volkes, das die freieste demokratische Verfassung der Welt hat. Mittelbe bei Ausführung der Gesetze lannte auch der Staat zurzeit des Absolutismus. Doch war hier der Staatsbürger blinde Vollstrecker eines fremden Willens. Er war deshalb für das Sein seiner Mitmenschen — oft nicht einmal für sein eigenes — nicht verantwortlich zu machen. Der moderne Staatsbürger bildet aber selbst einen Teil der gesetzgebenden Gewalt, ist demnach auch mitverantwortlich für das Ergehen des Volksganzen. Diese Verantwortlichkeit setzt ein gewisses Maß von Freiheit voraus. Bei dem Gesamtwillen hat er seinen Willen zur Geltung gebracht; wenn es gilt, versteht er aber auch seinen Willen seinem Gesamtwillen anzupassen. Hier läßt er sich leiten, aber nicht mit Ausschluß der eigenen Einsicht. Freiheit des einzelnen bringt den Egoismus zur Auswirkung. Doch die moralischen Beine, worauf Sitte und Recht fußen, heißen eben die Lebensliebe, der Egoismus; denn nur der Unterschied zwischen „Du und Du" ist die Quelle des Rechts und der Moral. Es ist eins der erhaltenden Grundsätze des Staates der Egoismus, freilich nicht jener beschränkte Egoismus, auf den man gewöhnlich allein diesen Namen anzuwenden pflegt, der aber nur eine, obwohl die pulgärste Art des Egoismus ist, sondern des Egoismus, der ebenso viel Arten und Gattungen in sich begreift, als es überhaupt Arten und Gattungen des menschlichen Wesens gibt. Es gibt auch einen sozialen Egoismus, einen Familien-, Korporations- und Gemeinbeegoismus. Der einzelne ist abhängig vom Ganzen und umgekehrt. Das Wohl des einzelnen und der Gesamtheit bedingen einander. Diese Einsicht verbindet das Einzelwesen mit dem Staat.

Nach Thieme sucht der Staat „eine ganze Persönlichkeit mit einem von der besten Einsicht in die Wohlfahrt aller Staatsangehörigen geleiteten und eben darauf gerichteten Willen, der sich auch betätigt". Diese „Persönlichkeit" als Ziel der Erziehung ist nichts Neues. Nach den wechselnden Bildungszwecken erhält die Persönlichkeit verschiedenen Inhalt. Hier soll die Persönlichkeit ihre Charakterstärke im staatlichen Leben erweisen. Jüdeles verweilen wir hier eines Augenblicks und geben auch Bedenken Raum. Ist nicht vielleicht die jetzige Notlage des Staats schuld daran, daß wir das Politische — und damit die politische Seite der Erziehung — überschätzen. „Dort, wo der Staat aufhört, da beginnt erst der Mensch, der nicht überflüssig ist", ruft Nietsche und verteidigt das gute Recht der Persönlichkeit dem Staat, dem „neuen Götzen", gegenüber. Sozial- oder Individualpädagogik? Wir besinnen uns auf das Ziel der Erziehung überhaupt, um mit solchen Bedenken innerlich fertig zu werden. Nach Jonas Cohn ist das Ziel der Erziehung: „Der Zögling soll befähigt werden zum autonomen Glieder der historischen Kulturgemeinschaften, denen er angehören wird." Das Recht der Persönlichkeit einer etwaigen Überspannung der Ansprüche des Staates gegenüber ist dadurch geschert, daß in das Erziehungsziel die innere Freiheit und Selbständigkeit des einzelnen aufgenommen worden ist. Der Zögling soll aber auch zum „Glied" der Kulturgemeinschaften erzogen werden. Der Staat ist aber nur eine von diesen Kulturgemeinschaften. Neben ihm kommen Familie, Gemeinde, Stamm, Volk, Religionsgemeinschaft in Betracht. Bei dieser Zielsetzung ist beides, sowohl das Recht der Persönlichkeit als auch das des Staates, gewährleistet, und die anfangs geäußerten Bedenken wegen einer einseitigen Überschätzung des Politischen sind beseitigt.

Wie ist nun das Ziel der staatsbürgerlichen Erziehung und Bildung zu erreichen? Nach der Staatsbürger Kenntnis des Staates, seiner Verfassung, seines Werdens, seiner Lage, seiner Aufgabe erhält? Gegenstände Prüfungen an Rekruten, Matrosen und Arbeitern, die nur Volksschulbildung genossen hatten, zeigten eine erschreckende Unwissenheit und Urteilslosigkeit. Aber auch bei unserer gebildeten Jugend zeigen sich dieselben Erscheinungen. Einzelne politische Parteien bemächtigten sich der politischen Bildung unserer Jugend. Welche Ausblicke ergeben sich da für die Zukunft? Die urteilslose Jugend parteipolitisch beeinflußt, die Parteizerklüftung schon in die Jugend hineingetragen. Unbedingt ist also staatsbürgerliches Wissen notwendig.

Man streitet sich heute über die Frage: Lehrfach oder Lehrgrundsatz in der Schule? Bei allen Vertretern der Staatsbürgerkunde als Fach findet sich der Gedanke: Wenn Staatsbürgerkunde nicht Lehrfach wird, dann geschieht im staatsbürgerlichen Unterricht überhaupt nichts, im andern Falle aber muß sich der Lehrer mit dem Stoff beschäftigen. Aus diesen Bedenken spricht eine einseitige Überbewertung alles staatsbürgerlichen Wissens, und die ist charakteristisch für einen Teil der Literatur auf diesem Gebiete. Wenn auch hierbei staatsbürgerliches Wissen nicht unterschätzt werden soll, so ist doch auch dabei nicht zu vergessen, daß es vor allen Dingen auf staatsbürgerliche Gesinnung ankommt, die nicht staatsbürgerliches Leben erzeugt. Das bürgerliche Gesetzbuch wird oft von denjenigen am besten gekannt, die seine Paragraphen umgehen wollen. Also auf die Anwendung des Wissens, die von der Gesinnung bestimmt wird, ist Wert zu legen. Bei der Jugend muß zur Unterweisung die staatsbürgerliche Erziehung treten. Eine ganze Reihe Vorschläge sind hier gemacht worden. Die Organisation der jugendlichen Arbeitsgemeinschaft ist von Kerschensteiner als Hauptmittel staatsbürgerlicher Erziehung bezeichnet worden. Ferner ist die „Selbstregierung" und „Selbstverwaltung" als geeignete Übung für staatsbürgerliche Verantwortlichkeit empfohlen worden. Beide erfüllen aber nur eine vorbereitende Tätigkeit, da sie zunächst nur der sozialen Erziehung dienen. Zwischen staatsbürgerlicher Erziehung und rein sozialer Erziehung ist noch ein großer Unterschied. Foerster sagt darüber in „Schule und Charakter": „Die soziale Erziehung, die durch Arbeitsgemeinschaft gefestet wird, ist doch zunächst nur eine Erziehung zur Verträglichkeit mit Gleichstrebenden und Gleichgesinnten; staatliche Kultur aber ist die Fähigkeit zum Gegensatz, und zwar eine Einheit von Gegensätzen in bezug auf vitale Lebensinteressen und Lebensüberzeugungen. „Nach Foerster wird die einzige Gelegenheit zu unmittelbarer Übung in staatlicher Gesinnung nur durch das Spiel gegeben; denn hier prallen die stärksten Leidenschaften und Interessen unmittelbar aufeinander. Hier lernt man den Gegner absolut „fair" zu behandeln und seine Rechte ebenso heilig zu halten wie die eigenen. Foerster sagt: „Erst der organisierende Gedanke eines höchsten Ganzen, dem alle Einzelzwecke zu dienen haben, konzentriert die staatliche Gesinnung und erhebt sie zu starkem Zielbewußtsein".

Selbstregierung und Selbstverwaltung sind eine geeignete Übung für staatsbürgerliche Verantwortlichkeit. Thieme berichtet über seine dabei gemachten Erfahrungen. Vom dritten Schuljahr ab schafft er neben seiner Regierungsgewalt eine Art Verfassung. Sonnabends ist Wahltag. Alle älteren Klassenbeamten werden auf vier Wochen, jüngere auf 14 Tage gewählt. Wer während der letzten Amtszeit Ehrenstrafen erlitten hat, ist nicht wählbar. Gewählt wird durch Stimmzettel. Beeinflussung vor der Wahl wird nicht geduldet. Bei allerlei Vorkommnissen, Verfehlungen, Unpünktlichkeit u. a. finden Beratungen statt. Ein Schüler macht zur Abfassung der Sache einen Vorschlag und begründet ihn. Von seinen Mitschülern werden eventl. Bedenken geäußert. Aussprache — Abstimmung — Gesetz! Dadurch entsteht eine Klassenordnung. Der Schriftführer (ein Schüler) trägt die Bestimmung, wenn sie als Gesetz angenommen worden ist, ins Gesetzbuch ein, dessen Inhalt von Zeit zu Zeit von einem Schüler vorgelesen wird. Ich denke hier an Valentin Trotzendorf, der Rektor von Goldberg, der nahezu vor 400 Jahren schon ähnliche Einrichtungen in seinem Schulsystem hatte. Ich erinnere an das Schulgericht mit den 12 Senatoren und ihren verschiedenen Aufgaben, an die Schulgesetze u. a.

Dieses Mitbestimmungs- und Verwaltungsrecht ist ein gutes Zuchtmittel und für den Erzieher kein Wagnis, meint Thieme. Und doch, wenn ich an das Schulzeugnis in unsern Dorfschulen denke, erscheint mir die Einrichtung in dieser ausgebauten Form fast undurchführbar; ganz abgesehen davon, daß es an der nötigen Zeit fehlen würde. — Nun wäre hier auch der Min.-Erlaß vom 9. April 1921, betr. werktätige Arbeit in der Schule zu erwähnen, der den Drang der Schüler nach Tätigkeit Rechnung tragen will. Die Schule soll helfen, Verantwortlichkeitsgefühl bei dem Schüler zu wecken. Im Erlaß heißt es da u. a.: „Aber auch das Äußere des Schulbetriebs sind die gemeinschaftliche Betätigung der Schüler in Wandern, Spiel, Sport und Kunst enthalten eine Fülle von Aufgaben, die die Jugend gern übernehmen und selbstlos erfüllen wird, wie sie derartige Aufgaben auch in der Familie erfüllt. Freiwillig wird die Schülerschaft unter Mitverantwortung von Lehrern und Eltern auch mit wirtschaftlichen Angelegenheiten der Schule betraut werden können, die bisher von Staat und Gemeinden mit ihren Mitteln besorgt wurden. Aufgabe solcher Art sind: Pflege des Schulhauses und seiner Umgebung, Herstellung, Ausbesserung und Bewirtschaftung von Werk- und Bastmitteln, Versorgung mit Spielgerät, Schmuck der Schule und dergl. Diese Aufgaben sollen aber nicht neben den bisherigen Schulaufgaben herlaufen, sie sind vielmehr, so weit als möglich in die Gesamtarbeit der Schule einzuordnen und erzieherisch auszuwerten. Wenn es gelingt, in den Schülern den Geist solcher neuen Aufgaben zu lebendig zu machen, daß sie sie als Pflicht freudig übernehmen, so ist auch ihre staatsbürgerliche Erziehung in ganz natürlicher Weise in die Wege geleitet. So weit der Ministerial-Erlaß.

Aber auch der Unterricht selbst soll als Bildungsmittel zur staatsbürgerlichen Erziehung dienen. In den einzelnen Fächern (Religion, Deutsch, Erdkunde, Gemeinde-, Staats- und Reichskunde, Geschichte) kann einmal staatsbürgerliches Wissen, zugleich aber auch rechte staatsbürgerliche Gesinnung vermittelt werden. Es würde hier zu weit führen, wenn das im einzelnen gezeigt werden würde. Die Bestimmung (laut Art 148 der R.-V.), daß die Staatsbürgerkunde Lehrfach in den Schulen werden soll, erhält noch eine besondere Betonung dadurch, daß jeder Schüler bei Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck der Verfassung erhalten soll. Aus dieser Vorschrift merkt man heraus, daß auf die Politisierung der Jugend im Sinne der Verfassung ein gewisser Wert gelegt wird; der ethische Gesichtspunkt ist nur schwach betont. Es wird viel über die Erziehung zum Staatsbürger geredet und geschrieben und oft vergißt man dabei, daß die mangelnde Qualität zum Staatsbürger in einem Mangel an sittlicher Bildung überhaupt besteht. Ist das Individuum eine sittliche Persönlichkeit, dann ist der Staat gerettet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210816-18/fragment/page=0002

Einigungsverhandlungen ersucht und haben in Berücksichtigung dessen, daß die kommende Brotpreiserhöhung bei den verheirateten und unverheirateten Verschieden ist, die Gewährung eines entsprechenden nach Familienvorstand gestaffelten Ausgleichs beim Reichsarbeitsminister angeregt.

** **Gegenwärtig keine Belieferung der Krankenbrotmarken.** Die Bäcker-Innung Merseburg beschäftigte sich in einer gestern nachmittag abgehaltenen Versammlung mit der Brotversorgung. Wie sie in der heutigen Zeitung bekannt gibt, ist es ihr gegenwärtig noch unmöglich, wegen der Stockung in der Mehlbelieferung, die Kranken-Brotmarken zu beliefern. Gleichzeitig hat sie die Preise für das marktfreie Brot festgesetzt, und zwar für weiße Brötchen auf 50 ₰, für ein 1900 Gramm schweres Brot auf 8 ₰. Sobald der Kommunalverband die Bäcker wieder mit Krankenmehl beliefert, wird auch die Belieferung der Krankenbrotmarken wieder aufgenommen und bekanntgegeben.

** **Vom Merseburger Christianen-Waisenhaus.** Wieder sind für unser nordsächsisches Christianen-Waisenhaus freundliche Gaben eingegangen: Fr. F. gab 5 ₰, G. W. 5 ₰, Merseburger Stadtwehr III. Zug 354 ₰, B. 10 ₰, Ungenannt durch Pfarrerin Buhla in Thüringen 25 ₰, K. und Oe. zusammen 10 ₰, W. in Neu-Rössen 20 ₰, Stadtschiedsmann Nell in Sühnesachen 100 ₰. Eingetragen sind die lieben Gaben unter Nr. 210—218 der Geberliste. Doch erfreulich sind all die gütigen Spenden und doppelt erfreulich ist die liebevolle Gesinnung, mit der gegeben wird. W. in Neu-Rössen hat in treuer Fürsorge nun zum 5. Male mir den gleichen Betrag von 20 ₰ gesandt und bezeugt somit immer wieder seine herzliche Liebe zu unseren Waisenkindern. Schön ist es, daß die Merseburger in Stadt und Land, daheim und in der Ferne sich so innig mit unserem Christianen-Waisenhaus verbunden fühlen und ihm Helfer in der Not sind. Weitere Gaben sind herzlich willkommen und werden im Christianen-Waisenhaus, in der Geschäftsstelle dieser Zeitung und von mir sehr gern entgegengenommen. Allen gütigen Gebern ein herzliches „Schönbanhaw".

Arthur Schwickert.

** **Eine neue Nummer des Evangelischen Gemeindeblattes St. Maxim** wird im Laufe des morgigen (Mittwoch) Nachmittag den Mitgliedern der Stadtgemeinde durch die Konfirmanden und Konfirmandinnen ins Haus gebracht werden. Diese Nummer ist von besonderer Wichtigkeit, da sie die neue vom Gemeinde-Kirchenrat festgestellte Gebühren-Ordnung für alle kirchlichen Amtshandlungen enthält, auch die Preise für Grabanfertigung, Kauf von Grabstellen, Bestimmungen für die Genehmigung zur Errichtung von Denkmälern, Grabeinfassungen usw., Beisetzung von Urnen, Größe der Särge, Grabgeläute, ferner die Gebühren für den Leichenbitter, die Leichenfrau, die Träger, den Bahrwagen. Wichtig sind auch die allgemeinen Bestimmungen über Ausstellung von kirchlichen Zeugnissen sowie über die Anmeldungen der Taufen, Trauungen und Begräbnisse. Es empfiehlt sich gerade diese Nummer des Gemeindblattes sorgfältig aufzubewahren, um im Bedarfsfalle sich über die Kosten, die mit einer Amtshandlung — Taufe und Trauung in einfacher Form sind übrigens gebührenfrei! — verbunden sind, vorher ein klares Bild zu machen.

** **Der hintere Gotthardsteich als Briketsfabrik.** In den letzten Wochen hat die Stadtverwaltung einen neuen Versuchsweg eingeschlagen, um dem Kohlenschlamm im hinteren Gotthardsteich auf den Leib zu rücken; man hat Briketts bauen gepreßt. Heute liegen uns einige Proben davon vor, die nach der Ansicht und dem Versuch der Bauerverwaltung ganz gut als Heizmaterial verwendet werden können. Die Kohle ist natürlich leichter wie die des Geiseltales, da es sich um den angeschwemmten Kohlenstaub des Geiseltales handelt. Wenn die Werkleute zur Zufriedenheit ausfallen, will man auf diese Weise den hinteren Gotthardsteich zu abbauen, daß wenigstens die Kosten der Reinigung des Teiches gedeckt werden. Das Verschenken dürfte aber für die Stadt ohne Arbeit rentabler werden, wenn man die Verwertung des Kohlenschlammes in Privatunternehmen vergibt. Privatunternehmen hierfür werden sich sicher finden, sobald die Verwendbarkeit der gewonnenen Kohle feststeht. Eine Aufsicht über die Abbauweise kann die Stadt sich immer vorbehalten. Es wäre höchst erfreulich, wenn auf diesem Wege der Kohlenschlamm aus dem hinteren Gotthardtsteiche wenigstens verschwinden würde. Wir werden in der nächsten Zeit noch näher darauf zu sprechen kommen.

** **Eine mutige Tat** vollbrachte in Bad Reichenhall das dort weilende Fräulein Luise Engel von hier. Ein Bericht von dort meldet folgendes darüber: Dieser Tage entfiel beim Durchwandern der Weißbachschlucht bei der mit Drahtseil gesicherten Stelle nächst dem Mauthhaus! einer Dame ihr Handtäschchen und trieb im Strudel des Weißbachs, der sich an dieser Stelle durch die Erosion des Wassers gebildet hatte, herum. Ehe die Tasche im Grund versank, und während die Verliererin wie die übrigen Teilnehmer der Partie ratlos herumstanden, entleidete sich rasch entschlossen eine junge Dame bis aufs Hemd und sprang in den Strudel, um die Handtasche, in der sich neben sonstigen Kleinigkeiten über 3000 ₰ befanden, heraufzutauchen, was ihr auch unter dem Beifall der Umstehenden gelang. Glücklich erreichte sie nach diesem Bade, ohne Schaden durch Steine oder den gefährlichen Strudel genommen zu haben, wieder den festen Boden der Weißbachschlucht.

** **Bunter Abend für die Oberschlesierhilfe.** Es wird uns mitgeteilt, daß zu dem am morgigen Mittwoch abends 7½ Uhr im „Casino" stattfindenden „Bunten Abend" auch unnummerierte Einlaßkarten an den Seitenplätzen zum Preise von 1 ₰ an der um 6½ Uhr geöffneten Abendkasse zu haben sind. — Am Freitag abend findet im „Schloßgartensalon" hier ein Konzert der Halleschen Bergkapelle statt, das mit Gesangsvorträgen von Fräulein Gertel-Merseburg verbunden ist. Der Besuch kann nur empfohlen werden. Vorverkauf bei Frahnert. Näheres siehe Anzeige in der heutigen Zeitung.

*

Unsere Sammlung für das Oberschlesier-Hilfswerk
hat weiter folgende Spenden eingebracht:

6776	10,— ₰
Verein ehemaliger Artilleristen	150,— ₰
III. Zug der ehemaligen Stadtwehr	177,— ₰
Quittung bis 23. Juli 1921	451,— ₰
Summa:	788,— ₰

Um weitere große und kleine Spenden wird gebeten.

Verlag und Redaktion des „Merseburger Korrespondent".

*

Einrichtung des Flurschutzes.

Hierüber bestimmt eine Verfügung des Regierungspräsidenten in Merseburg folgendes:

„Der Herr Minister des Innern hat mir persönlich seinen festen Entschluß kundgegeben, gegen die immer mehr überhand nehmenden Felddiebstähle angesichts der überaus schweren Schädigungen, welche für das allgemeine Wohl dadurch entstehen, mit der größten Energie und allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln vorzugehen. Insbesondere liegt der Herr Minister den allergrößten Werk darauf, daß innerhalb der von ihm gegebenen Richtlinien angesichts der vorgeschrittenen Ernte der Feldschutz sofort an allen in Betracht kommenden Stellen eingeführt und in Tätigkeit gesetzt wird. Ich ersuche die Herren Landräte, mit Rücksicht auf die ausdrückliche Anweisung des Herrn Ministers, sofort mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf Einführung der innerhalb der gegebenen Richtlinien sich bewegenden Einrichtungen hinzuwirken und die landwirtschaftlichen Vertretungen bei ihren Bestrebungen auf Einführung solcher Einrichtungen nach jeder Richtung hin zu unterstützen. Über den Erfolg der getroffenen Anordnungen, für deren genauete Durchführung ich die Herren Landräte persönlich verantwortlich mache, ist mir binnen vier Wochen zu berichten."

*

Änderungen in der Invalidenversicherung.

Aus dem Gesetz über die anderweite Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung, welches in seinen wesentlichen Bestimmungen am 1. Oktober 1921 in Kraft tritt, sei zunächst kurz folgendes hervorgehoben:

An Stelle der bisherigen Lohnklassen I—V treten 8 Lohnklassen, nämlich:

Jahresarbeitsverdienst			
Lohnkl. A	bis zu 1000 ₰.	Beitragsmarke	3,50 ₰ wöchentl.
Lohnkl. B	1 000— 3 000 ₰.	Beitragsmarke	4,50 ₰ wöchentl.
Lohnkl. C	3 000— 5 000 ₰.	Beitragsmarke	5,50 ₰ wöchentl.
Lohnkl. D	5 000— 7 000 ₰.	Beitragsmarke	6,50 ₰ wöchentl.
Lohnkl. E	7 000— 9 000 ₰.	Beitragsmarke	7,50 ₰ wöchentl.
Lohnkl. F	9 000—12 000 ₰.	Beitragsmarke	9,00 ₰ wöchentl.
Lohnkl. G	12 000—15 000 ₰.	Beitragsmarke	10,50 ₰ wöchentl.
Lohnkl. H	über 15 000 ₰.	Beitragsmarke	12,00 ₰ wöchentl.

Für die Zeit nach dem 1. Oktober d. J. dürfen die bisherigen Marken nicht mehr verwendet werden.

Sport-Nachrichten des „Merseburger Korrespondent".

Preußen I—Cöthen 02 I 8:8 (1:1).

Beide Mannschaften standen sich am Sonntag in Cöthen im Rückspiel gegenüber. Preußen, mit Ersatz für Häußler und Weinecke und nur 10 Mann, trat mit wenig Aussichten zum Spiel an. Zwar konnten auch die Cöthener Ersatz für die am Städtespiel Halberstadt—Cöthen teilnehmenden Spieler einstellen müssen, doch waren dieselben vollwertig ersetzt. Das Spiel selbst setzte sofort in flottem Tempo ein. Beiderseits arbeiten die Verteidigungen ausgezeichnet, so daß es zu keinem Erfolg kommt. In der 27. Minute endlich gelingt es dem Sturm der Cöthener, die schwarz-weiße Verteidigung zu überwinden und unhaltbar einzusenden. Aber schon 5 Minuten später gleicht König durch eine Flanke von C. Bock aus. Bis zur Halbzeit dann wieder zum größten Teil Mittelfeldspiel. Nach Seitenwechsel geht es in unvermindertem Tempo weiter. Jetzt sind die Cöthener mit ihren Angriffen etwas glücklicher. Sie erzielen, allerdings mit Hilfe des etwas starken Seitenwindes, kurz hintereinander zwei Erfolge. Dann aber drehen die Schwarzweißen auf. Cöthens Tormann hat voll zu tun, um sein Heiligtum rein zu halten, aber 20 Minuten vor Schluß muß er doch einen Bombenschuß von C. Bock passieren lassen. Jetzt gibt die Preußenelf ihr Letztes her, und der Erfolg bleibt auch nicht aus, es gelingt ihr, den Ausgleich zu erzwingen. August überläuft die Verteidigung und sendet, wenn auch hart bedrängt, unhaltbar zum dritten Male ein. Von beiden Seiten werden die größten Anstrengungen gemacht, um einen Sieg herauszuholen, doch die Hintermannschaften verteilen jeden Erfolg, so daß sich die Gegner beim Schlußpfiff mit dem Unentschieden begnügen müssen. — Das Spiel selbst wurde sehr fair durchgeführt. In der Cöthener Elf war besonders der Sturm hervorzuheben. Bei unseren Schwarzweißen gab jeder sein Bestes her. Welle, der jetzt an Stelle von Heidel das Tor hütet, entledigte sich seiner Aufgabe mit Geschick, müßte aber noch etwas ruhiger werden. — Die Spiele der II. und III. Mannschaft wurden ein Opfer des schlechten Wetters. Beide weilten in Wettin, um gegen die I. bezw. II Elf des dortigen F.-C. anzutreten. Das Spiel der III. wurde beim Stande von 3:0 für Preußen wegen des einsetzenden Regens nach einer Viertelstunde abgebrochen, das der II. Mannschaft kam nicht zum Austrag.

BfL.

Die Ligareserve des BfL. konnte, mit 10 Mann spielend und mit Ersatz für Tormann und rechten Läufer, gegen den BfL.-Körbisdorf zu besen Platzeinweihung nur ein Unentschieden von 2:2 herausholen. — Mit demselben Resultat schnitt die II. Mannschaft gegen die gleiche Elf von Naumburg 05 ab. — Die IV. Mannschaft gewann gegen die II. Mannschaft ihres Namensvetters in Körbisdorf überlegen mit 11:0. — Die V. Mannschaft verlor in Lauchstedt gegen die II. des dortigen VfB. mit 5:1. — BfL. II Jugend—Körbisdorf I. Jugend 7:1. BfL.-Knaben—Körbisdorf-Knaben 4:0.

BfL.-Merseburg—Naumburg 05.

Am morgigen Mittwoch, abends 7 Uhr, treffen diese beiden Mannschaften auf dem BfL.-Sportplatz hier aufeinander. Es war den Naumburgern bekanntlich gelungen, sich während der zweiten Serie der verlossenen Verbandsspiele in der Tabelle vor unseren BfL. zu schieben, und man kann getrost behaupten, daß sich Naumburg ebenso wie unser BfL. die möglichste Mühe gibt, vorwärts zu kommen. Die Mannschaft besitzt ganz hervorragende Einzelspieler, inbesug auf Einheitlichkeit reicht sie vielleicht nicht ganz an Merseburg heran. Es wird bei diesem Spiele für die Heimischen vor allem darauf ankommen, bei jeder Gelegenheit zu schießen und gut acht zu geben auf plötzliche Durchbrüche, mit denen der Naumburger Sturm gewöhnlich überrascht und die stets mit größter Energie und bestem Erfolge durchgeführt werden. Jedenfalls wird sich das morgige Spiel von dem des vergangenen Sonntags wesentlich unterscheiden, der Kampfcharakter wird klarer zutage treten. Naumburg verschärft jede Künstelei, spielt vielmehr äußerst rationell auf See. Naumburg wird bestrebt sein, die Verteidigung etwas härter angefaßt werden als letztjahr, und jeder Fehler und die geringste Leichtfertigkeit werden sich rächen. Naumburg spielte am letzten Sonntag gegen die starke Erfurter Spielvereinigung und holte nach schwerem Kampfe mit 1:1 ein Unentschieden heraus, also ein sehr gutes Resultat. Wenn es dem BfL. gelingt, die gestern von uns gerügten Mängel abzustellen, rechnen wir jedoch mit einem abermaligen Siege der Merseburger Farben.

B.-B. Germania.

Germania war am vergangenen Sonntag mit drei Mannschaften in Roitzsch gegen den dortigen Sportverein tätig. Obwohl es heftig geregnet hatte, befand sich der Platz mit Ausnahme von den Toren in guter Verfassung. Zuerst spielten Germania I. Knaben—Roitzsch I. Knaben 2:0 (2:0). Obwohl die Spielzeit nur mit 9 Mann spielten, konnten sie doch einen glatten Sieg von 2:0 erringen. Darauf spielten Germania I—Sportverein Roitzsch I 2:2 (1:0). Germania spielte mit nur 10 Mann, war aber trotzdem mit günstigem Wind die erste Halbzeit größtenteils vor des Gegners Tor. Nach einiger Zeit wird endlich eine gute Kopfkombination vor dem Tor von dem Halblinken Erben schön ausgenützt und zum ersten Tor verwandelt. Nach Halbzeit kommt Roitzsch linker Flügel gut durch, da der rechte Läufer bei Germania fehlt, und Richter muß bei ersten Ball postieren lassen. Roitzsch erzielt später durch dieselbe Blöße noch ein zweites Tor, der Tormächter hielt zwar den Ball, doch glitt er ihm infolge der Nässe wieder aus den Händen. Kurz vor Schluß gelang den Germanen der Ausgleich durch einen wegen Beinstellen verhängten Elfmeter, den Günther P. verwandelte. Bei voller Mannschaft und besserem Wetter hätte der Sieg Germanias nicht in Frage gestanden, obwohl Roitzsch auch über eine flinke, kräftige Mannschaft verfügt. Das letzte Spiel Germania II—Roitzsch II zeigte eine völlige überlegenheit der Hiesigen, diese siegte denn auch hoch mit 8:3 (4:0). Germania III—Eintracht III 1:0 (nur ¼ Stunde gesp.). Germania II. Jugend—Ammendorf II. Jugend 2:1 (1:0). Germania II. Knaben—Ammendorf II. Knaben 0:5.

Jahn-Wettturnen in Freyburg a. U.

Zu dem am Sonntag in Freyburg a. U. stattgefundenen 16. Jahn-Wettturnen hatten sich wieder die Besten aus den Vereinen der Deutschen Turnerschaft eingefunden. Den turnerischen Veranstaltungen ging am Sonnabend ein Begrüßungsabend voraus, an dem die Grösche Musterschule durch ihre ausgezeichneten Vorführungen reichen Beifall ernteten. Zahlreicher Zuschauer erntete Sonntag früh 9 Uhr traten zum Fünfkampf (100 Meter-Lauf, Weitsprung, Stabhochsprung, Kugelstoßen, Schlederball oder Speerwerfen) 165 Turner und zum Dreikampf (100 Meter-Lauf, Hochsprung, Kugelstoßen) 23 Turnerinnen an. Im Anschluß an die Wettkämpfe fand an Turnvater Jahns Grabstätte eine würdige Feier und die Siegerverkündigung statt, wobei Ansprachen gehalten wurden vom Kreisvertreter Henschel-Weimar, Landrat Dr. von Krause-Querfurt und Bürgermeister Schäfer-Freyburg. Als Sieger gingen hervor im

Fünfkampf: Josef Schäfer, Cronenberg, 129 Punkte; Rudolf Kobs, Breslau, 119; Richard Kahl, Leipzig-Connewitz, 108; Kurt Taubert, Leipzig-Connewitz, 105; Luck, Minden i. Westf., 103; Karl Möbius, Gohlis, 102; Friedr. Gerlung, Koblenz, 102; Alfr. Kummer, Leipzig, 100; Alfr. Hartmann, Dessau b. Leipz., 99; Felix Fiedler, Leipzig-Schönefeld, 95; Walter Schräpler, Leipzig, 93; Otto Krause, Leipzig-Eutritzsch, 91; Ernst Meyer, Jena, 91; Karl Oehrlein, Jena, 91; Willy Werner, Leipzig, 98; Alfred Rothe, Klostermansfeld, 88; Max Morche, Leipzig-Schönefeld, 87; Fritz Raschke, Roßlau (Anh.), 87; Albert Windisch, Ronneberg (Th.), 86; Fritz Siewert, Altenburg, 85; Herm. Stuhmann, Leipzig-Kl., 85; Gloß, Wolfmarsdorf, 84; Hans Echott, Altenburg, 84; Willy Fischer, Grüna, 83; Paul Deneke, Roßlau (Anh.), 83; Ernst Reichert, Weißenfels, 83; Kurt Burkhardt, Leipzig, 82; Walter Voigt, Leipzig-Connewitz, 82; Karl Wendler, Leipzig-Gohlis, 80; W. Voigtsberger, Klosterlausnitz, 80; Kurt Reinicke, Leipzig-Schönefeld, 79; Aug. Wiegandt, Halle, 79; Paul Küfner, Grotzsch, 78; Albin Müller, Jena, 78; Otto Schräpler, Leipzig-Gohlis, 78; Kurt Zabel, Leipzig-Gohlis, 78; Aug. Jäger, Benshausen, 77; Otto Schulz, Langenberg, 77; Paul Nietzold, Langenberg, 77; Max Block, Altenburg, 77; Willy Körner, Zeulenroda, 77; Max Kause, Scheubitz, 76; Walter Wildenhain, Leipz.-Gohlis, 76; Otto Krauschwitz, Freyburg a. U., 75; Paul Schöps, Apolda, 75; Fritz Zapf, Apolda, 75; Otto Friedrich, Roßlau (Anh.), 73; Otto Zimmermann, Leißling, 73; Richard Schmotz, Leipzig, 71; Eduard Brunngräber, Benshausen, 71; Willy Hohmann, Bochum, 71; Paul Müller, Wenigenjena, 71; Zimmermann, Zeitz, 71; Paul Sasse, Erfurt, 71; Willy Kummer, Halle, 70; W. Reinicke, Eisleben, 70; Fritz Sturm, Benshausen, 70; R. Schaarschmidt, Leipzig, 70; Oskar Arnold, Benshausen, 70; Willi Kirmse, Gleina b. Zeitz, 70; Erich Spaier, Leißling, 69; Max Müller, Apolda, 69; Nikolaus Bock, Leipzig-Gohlis, 69; Artur Schlichter, Michelin, 69; Kurt Stendel, Moschwitz, 69; Wilh. Jander, Leipzig-Eutr., 69; Paul Köhler, Leißling, 68; Beck, Zeitz, 68; Paul Günther, Weißenfels, 68; Fritz Schauer, Langenberg, 69; Herm. Fohl, Benshausen, 67; Otto Laue, Hattingen i. Westf., 67; Kanter, Minden i. Westf., 67; Max Günther, Apolda, 67; Art. Hilbebrandt, Leipzig, 67; Albert Köhler, Leißling, 66; Fritz Hoppe, Leipzig, 66; Ernst Beckstein, Apolda, 66; Kurt Dathe, Plauen i. V., 66; Paul Ewald, Weißenfels, 66; Herm. Knauth, Freyburg a. U., 66.

Dreikampf: Margarete Rink, Erfurt, 56 Punkte; Luise Schimpf, Erfurt, 50; Hilda Gube, Thekla b. Leipz., 48; Erna Wackernagel, Silbitz b. Crossen, 47; Grete Tippmann, Triebes, 47; Marta Becker, Zeulenroda, 46; Marta Schlegel, Naumburg, 45; Hanni Ebeling, Weißenfels, 45; Lidda Voigt, Grotzsch b. Leipz., 44; Johanna Beyer, Grotzsch b. Leipz., 43; Lisbeth Manbrich, Weißenfels, 42; Charlotte Dietrich, Freyburg a. U., 41.

Den vom Kreis Querfurt gestifteten Wanderpreis erhielt Otto Kraschwitz vom Turnerbund Freyburg a. U.

Im allgemeinen soll für die Einteilung in die Lohnklassen der wirkliche Arbeitsverdienst maßgebend sein. Näheres bestimmt der Reichsarbeitsminister.

Die Invalidenrente setzt sich künftig zusammen aus einem Grundbetrage von jährlich 360 ₰, dem Reichszuschuß von 50 ₰ jährlich und Steigerungssätzen, die in Lohnklasse A 10 ₰, B 30 ₰, C 50 ₰, D 70 ₰, E 90 ₰, F 120 ₰, G 150 ₰, H 180 ₰ für jede Beitragswoche bezogen. Diese Steigerungssätze gelten jedoch nur für die Beitragswochen nach dem 1. Oktober d. J. Für die bis dahin verwendeten Marken kommen die bisherigen Steigerungssätze zur Berechnung. Der Kinderzuschuß zur Invalidenrente ist auf jährlich 96 ₰ für das erste, 72 ₰ für das zweite und 48 ₰ für jedes weitere Kind unter 15 Jahren festgesetzt worden. Leider ist die Erhöhung der Kinderzuschüsse, die von verschiedenen Seiten vorgeschlagen war, nicht erreicht worden.

Die Altersrente beläuft sich in den einzelnen Lohnklassen auf 300, 500, 700, 900, 1100, 1400, 1700, 2000 ₰, wozu noch der Reichszuschuß mit 50 ₰ tritt. Wenn Marken in verschiedenen Lohnklassen verwendet sind, so wird der entsprechende Durchschnitt gewährt. Für die vor dem 1. Oktober 1921 verwendeten Marken werden jedoch auch bei Berechnung der Altersrente nur die bisherigen Anteile der Versicherungsanstalten zugrunde gelegt.

Zu den Invaliden-, Alters-, Witwen- und Witwerrenten tritt noch eine Teuerungszulage von 600 ₰, zu den Waisenrenten eine solche von 300 ₰.

Witwengeld und Waisenaussteuer, die bei der jetzigen Geldentwertung ziemlich belanglos gewesen sind und deren Festsetzung verhältnismäßig zu hohe Verwaltungskosten verursacht, werden vom 1. Oktober d. J. ab nicht mehr gewährt.

*

Tageskalender.

Sportverein 99 Generalversammlung im „Casino" am Mittwoch. — Ehem 72er Zusammenkunft in Halle „Späters Restaurant" am Sonntag. — Berliner Operettentheater Gastspiel „Frau Bärbele" im Tivoli am Freitag. — Künstlerkonzert im „Rheingold" täglich. — Deutsche demokratische Partei Kreisbereinstag in Landsfiedt am Sonntag. — Ball in der „Bunkenburg" am Mittwoch. (Laute Anzeigen in dieser Zeitung.)

*

Wetterwarte.

J. W. am 17. August (Mittwoch): Wolkiges, wieder aufziehendes, etwas kühles, windiges Wetter, mit zeitweisem Regen. Strichweise Gewitter. — Am 18. August (Donnerstag): Abwechselnd heiteres und wolkiges, ein wenig wärmeres Wetter, mit etwas Regen und Gewitterneigung.

Vermischte Nachrichten.

Große Getreide- und Mehlvorräte verbrannt.

Nach einer Meldung des „B. T." aus Duisburg ist das mit großen Getreide- und Mehlvorräten gefüllte Mühlengebäude der Rheinischen Mühlenwerke Cohen & Co. durch Großfeuer völlig vernichtet worden. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt.

Ein Marmorsarkophag für die frühere Kaiserin.

Gestern wurde im Park von Sanssouci im antiken Tempel, der Grabstätte der früheren Kaiserin, ein Marmorsarkophag aufgestellt, der den Sarg der Toten umschließt. Der Sarkophag ist aus schlesischem Marmor hergestellt und ohne jeden Schmuck gehalten.

Wieder ein Doppelraubmord.

Altona, 15. Aug. Am letzten Donnerstag abend entdeckten Passanten im Gebüsch an der Straße „Hinter der Lieth", auf Stellinger Gebiet etwa 50 Meter vom „Sagenbeckschen Sommerrestaurant" entfernt zwei männliche Personen, die erschossen waren. Die Polizei stellte fest, daß unzweifelhaft ein Doppel-Raubmord vorliegen muß. Die Leichen liegen allem Anscheine nach schon ein paar Tage am Fundort. Aber die Persönlichkeiten der Ermordeten konnte im Laufe der Nacht, da jegliche Papiere fehlten, noch nichts ermittelt werden. Die Leichen waren schon stark in Verwesung übergegangen. Beide Tote, von denen der eine auf dem Rücken, der zweite auf dem Gesicht lag, sind in den 30er Jahren. Neben den Leichen lag ein Revolver, eine schwarze lackledierne ältere Brieftasche mit der Aufschrift „Schlachter-Innung Berlin" und ein Rohrstock mit weißem Griff.

In den Bergen abgestürzt.

Salzburg, 16. Aug. (Priv.-Telegr.) **Aus Uttendorf im Pinzgau wird gemeldet, daß in der Edwinscharte im Stubbachtal der Prokurist der Bayerischen Handelsbank Franz Rößler abgestürzt ist. Seine Leiche wurde geborgen.**

700 000 ₰ geraubt.

Beuthen, 15. Aug. Sonnabend früh 6 Uhr wurde ein Geldtransport auf dem Wege zur Grube Kardinalsfreude von 12 Räubern überfallen, die 700 000 ₰ raubten und nach Schonberg flüchteten. Mehrere Räuber wurden einwandfrei erkannt.

1 300 000 ₰ gestohlen.

Oels, 15. Aug. Einbrecher haben aus einem verschlossenen Hotelzimmer in Oels 1 300 000 ₰ in Tausendmarkscheinen entwendet. Die Diebe sind vermutlich nach Breslau entkommen.

Eine furchtbare Kesselexplosion.

Breslau, 15. Aug. Als in vergangener Nacht mehrere Arbeiter in dem großen Kesselhaus der Überlandzentrale in Tschechnitz (Kreis Breslau), in dem sich sieben Kessel befinden, beschäftigt waren, entstand plötzlich in Kessel 5 eine heftige Rauchentwicklung, der alsbald eine ungeheure Explosion folgte. Ein Arbeiter verwundete sich ins Freie zu flüchten. Gleich darauf stürzten die Pfeiler des Kohlenbunkers zusammen und schütteten ihren Inhalt (ungefähr 3000 Tonnen) in das Kesselhaus, alles unter sich begrabend. Die Westseite des Kesselhauses wurde vollkommen eingedrückt. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt und ist unweitbar seinen Verletzungen erlegen. Zwei weitere wurden unter den zusammengestürzten Kesseln begraben und sind bis jetzt noch nicht geborgen. Durch die Wucht der Explosion wurde auch das Dach des angrenzenden Maschinenhauses zum Einsturz gebracht. Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht festgestellt.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Röhner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ahmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 38.
Druck und Verlag der Firma Th. Röhner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210816-18/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Für die vielen Aufmerksamkeiten anläßl. uns. Vermählung sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichst Dank.

Ernst Kippenberg und Frau
Helene geb. Nachsel.
Merseburg, d. 16. 8. 1921.
Gr. Ritterstr. 12.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres kleinen Lieblings sagen wir allen unsern besten Dank.

Merseburg,
16. 8. 1921.

Frdr. Velten u. Frau
Martha geb. Klose.

Dank.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme bei dem Begräbnis unseres teuren Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege unsern aufrichtigsten Dank.

Reipisch, 13. 8. 1921.

Paul Deubel
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Statt Karten!

Für die freundlichen Glückwünsche zu unserer Vermählung sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Otto Nöthlich und Frau
Anna geb. Rosenbaum.

Merseburg, im August 1921.
Kleiststr. 6, 2 Tr.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir herzlichst.

Fritz Elkner u. Frau
Gretchen geb. Pagenhardt.

Merseburg, August 1921.

Gut möblierte Wohnung
in bester Lage an nur besseren Herrn sof. zu vermieten. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
zu vermieten
Annenstraße 31, 1 Tr.

Von jungem Ehepaar möbl. Zimmer mit Kochgelegenheit oder 2 leere Zimmer sofort gesucht. Angebote unter 4760 an die Exped. d. Bl.

Junger Techniker sucht zum 1. Sept. **möbliert. Zimmer.** Angeb. unter 4773 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Jung. Mann (ledig) sucht **möbl. Zimmer.** Ang. u. 4769 a. d. Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
von jungem Mann gesucht. Angebote unter 4768 an die Exped. d. Bl.

Möbl. Zimmer
von Herrn s. sof. ges. Angeb. unt. 4776 an die Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
Nähe Bahnhof, für sofort gesucht, mit Kost bevorzugt. Ang. u. 4774 a. d. Exp. d. Bl.

Junges Ehepaar sucht möglichst bald möbliertes oder leeres Zimmer mit Kochgelegenheit. Ang. unt. 4762 an die Exped. d. Bl.

Anständiger Mann sucht Logis oder möbl. Zimmer in oder bei Merseburg, auch auf dem Lande. Angeb. unt. 4756 an die Exped. d. Bl.

Einen leeren Raum oder Stallung
zu mieten gesucht
Weißenfelser Str. 9, 3 Tr.

Kl. Grundstück
m. Lebensmittelgeschäft u. fr. w. Wohnung in guter Lage zum 1. Okt. von Selbstkäufer ges. Genaue Angaben erb.
Friedrichroda, Hotel Stern

Ein Zigarren-Geschäft
mit Einrichtung unständehalber sofort zu vermieten. 3000 Mk. für Einrichtung erforderlich. Näheres bei
G. Walter, Mücheln, Markt 19,
gen. v. „Deutschen Hof".

Kinderfest-Anzüge
1 Kieler- (neu), 1 Waschanzug (gestr.), passf. für 12 bis 14 J., billig zu verk. Zu erfrag. in der Exped. d. Bl.

2 P. Damenschnürschuhe (hellbr) Gr. 39 (neu) und 38 (fr. beispielt) sehr preiswert zu verkaufen
Weißenfelser Str. 37.

---

2 bis 3 helle Räume für Bürozwecke
sofort zu mieten gesucht. Preis Nebensache. Angeb. an
Sand & Esting, Roter Feldweg 8.

Das als Landerziehungsheim und Schiller-Goethe-Schule bekannte Schloß Lobeda bei Jena ist umgewandelt worden in ein

Töchterpensionat und Kinderheim.

Junge Mädchen gebildeter Stände, die eine praktische und theoretische Ausbildung in Küche und Haus, sowie weiteren wissenschaftlichen Unterricht erhalten wollen, können Aufnahme finden. Sie haben Gelegenheit, im Kinderheim die Pflichten und Arbeiten der Mutter kennen zu lernen.

Für Kinder, die aus irgend einem Grunde zu Hause keine genügende Erziehung erhalten können, steht der gut geleitete Kindergarten bei mäßigem Pensionspreis zur Verfügung.

Neues, eich. Büffet
mit Kredenz sehr preiswert zu verkaufen
Hallesche Straße 36.

Altmahag.
Damenschreibtisch,
wie neu, zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Flügel,
gut erhalten und gestimmt, sofort billig zu verkaufen.
Biering, Tollwitz 27.

Ein zweirähriger Ofen
mit Aufsatz, ein Fenster, 130/75, billig zu verkaufen
D. Kind, Krumpa.

Kinderwagen
billig zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Korbkinderwagen, Klappwagen und Klappstuhl billig zu verkaufen
Restaurant Kieser Keller.

Kinderwagen
zu verkaufen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

20—30 Zentner Weizenstroh
hat abzug. Meuschau 40.

Weizenspreu
gibt ab
Erfurth, Hallesche Str. 32.

7 flügge Gänse
zu verkaufen Atzendorf 6.

10 St. futterfeste Absatzferkel
zu verk. Crenpau Nr. 8.

1 deutscher Schäferhund (Hund) 7 Mon. alt, scharf, zu verkaufen, auch wird derselbe gegen einen kleinen Pinscher vertauscht
Meuschenerstr. 1. Hof.

Ein zweijähriger
Zuchtbulle,
Simmentaler Schlag, wegen Nachzucht verkäuflich
Eröllwitz Nr. 23.

Moor-
bäder (echt Schmiedeberger) von ausgezeichneter Heilkraft bei Rheumatismus, Ischias und Frauenleiden.
Johannisbad Merseburg.
Johannisstr. 10, Fernr. 246
1 Minute vom Markt.

Wohlf.-Geld-Lose
à 6 Mk. nochmals erhalten
Richard Selmar, Zigarren-Geschäft, Burgstr. 22.

Haut-, Harn- und Blasenleiden, Magen-, Leber-, Nieren- und Lungenleiden, Krampfader-Geschwüre und Flechten,
selbst veraltete Fälle werden gewissenhaft behandelt. Auskunft erteilt
Frau Rauteuberg, Merseburg, Neumarkt 68.
Sprechstunden von 8—4. Sonntags bis 1 Uhr.

Kleine Anzeigen
haben den besten Erfolg im Merseb. Korrespondent.

Kurt Karlas
Gummi- u. Metallstempel
Merseburg
Grühl 4. Fernruf 620

Ausgekämmtes Damenhaar
kauft höchstzahlend
Alfr. Kluge, Bahnhofstr. 8a.

Stempel
Metall- u. Kautschuk-
liefert
H. Heßler
Kirchstr. 7.

Witwer,
Handwerker, 30 Jahre alt, 2 Kinder, sucht Bekanntschaft mit Witwe im gleich. Alter, Kinder angenehm, zwecks sofortiger Heirat. Anneb., mögl. mit Bild, u. W R 4775 an die Exp. d. Bl.

Besseres, älteres Mädchen v. Lande möchte mit anständ. christl. gesinnten Herrn, bess. Handwerk. od. dergl. (Fabrikstätig) in Verkehr treten, evtl. später Heirat. Kriegsbeschädigter sehr angenehm, da selbst körperl. Fehler. Anon. zwecklos. Ang. u. M. O. 333 postlagernd Merseburg.

Vereinigte V.T. Theater.

Kammer-Lichtspiele
Kleine Ritterstrasse
— Nr. 3. —

Modernes Theater
Grosse Ritterstrasse
— Nr. 1. —

Telephon 529.

Programm von Dienstag bis Donnerstag.

Kammer-Lichtspiele.
Der große Abenteuer-Zyklus
Der Club der Hazardeure!
Gewaltiger Abenteuer-Kriminalfilm in 5 Akten mit Sybill Morell und Karl Ann.
Um den Sohn!
Ein Drama aus der guten Gesellschaft in 5 Akten nach dem Roman von Artur Landsberger.
Anfang 5 Uhr.

Modernes Theater.
Von Dienstag bis Donnerstag
geschlossen

Morgen auf dem Wochenmarkt
ff. Preißelbeeren.
Otto Fickert, Teichstr. 31,
Telephon 378.

Westfälisch. Hüttenkoks
für Zentral- und Ofenheizung
liefert
Michel-Briket-Verkaufsstelle m. b. H.,
Fernsprecher 82. :-: :-: Neumarkt 67.

R.-C. Preußen
E. V.
Gegründet 1901
Mittwoch, den 17. Aug. 1921, abends 8 Uhr,
Vorstands-Sitzung
im „Hohenzollern".
Erscheinen sämtlicher Vorstands- u. Ausschußmitglieder erforderlich.

Sport-Verein 99 e. V.
Mittwoch, den 17. August, abds. 8 Uhr im „Casino"
General-Versammlung.
Wichtige Tagesordnung, u. a. Neuwahl des Vorstandes.
Der Vorstand.

Unserer verehrten Kundschaft zur gefl. Kenntnis, daß es uns z. Zt. unmöglich ist,
Kranken-Brotmarken zu beliefern,
da der Kommunalverband bis heute nicht in der Lage war, uns mit Krankenmehl zu versorgen.
Unsere Mitglieder verkaufen bis auf weiteres:
Weiße Brötchen . . . . **50** Pfg. das Stück zu
Markenfreies Einheitsbrot 1900 g . . . . . zu **8,00** M.
Sonder-Angebot in pa. Weizenmehl zu **3,80 Mark** per Pfund.
Bäcker-Innung zu Merseburg und Umgebung.

Der verkehrte Weg
ist, die Anzeigen einem Blatte zu übertragen, das durch haltlose Behauptungen viel verspricht, dem es aber an Lesern mangelt!

Der richtige Weg
führt zur ständig. Benutzung der allgemein gelesenen und am stärksten verbreiteten Tages-Zeitung,
dem Merseburger Korrespondent

Student gibt Nachhilfestunden in Lat., Griech., Franz. u. Math.
Angebote unt. 4772 an die Exped. d. Bl.

Jung. Mann (ldg.) sucht Stellung als Kutscher (herrschaftl. od. auch Fuhrm.) Ang. u. 4770 a. d. Exp. d. Bl.

Mädchen, im Kochen u. allen häusl. Arbeiten erfahr., sucht Stellung bei guter, freundlich. Behandlg. Ang. u. 4771 an die Exp. d. Bl.

Aelteres Fräulein sucht Stellung als Haushälterin bei bess. Herrn. Ang. unt. A. H. 4767 a. d. Exp. d. Bl.

Tücht. Gärtner
gesucht. Näheres
Gotthardstr. 35.

Wir suchen einen Stadtvertreter
der Ladengeschäfte besuchen soll, bei garantiert hohem Einkommen. Redegewandtheit Bedingung. Bewerbung unter V. J. 17129 an die Exped. d. Bl.

Jung. Hausbursche
gesucht Casino.

Hiesige Maschinenfabrik sucht tüchtigen
jungen Kaufmann
zum 1. Oktober oder früher. Handgeschriebene Ang. unt. 4777 an die Exped. d. Bl.

Maurer
stellt noch ein
G. Horn jr., A. d. Geisel 3.

Arbeitsbursche
gesucht E. Bernhardt, Gotthardstr. 42, 1 Tr.

Ordentliche
Zeitungs-Trägerinnen
gesucht. Meldungen bei Wagner, Buchhandlung, Markt 25.

Ehrliches, erfahrenes
Stubenmädchen
für 15. September ev. später bei gutem Gehalt gesucht.
Frau Fabrikbesitzer Dietrich, Gerichtsrain 4.

Sport-, Ball- und Konzert-Lokal
„Funkenburg".
Mittwoch, den 17. Aug., von abends 7 Uhr an
Großer Ball verbunden mit Freitanz.
Schneidige Musik. Neueste Schlager.
Es ladet freundlichst ein Bruno Knoche.

Oberschlesier-Hilfswoche.

Freitag, den 19. Aug., abds. 7½ Uhr
Konzert der Kapelle des Hallischen Bergwerks-Vereins und
Gesangsvorträge von Frl. Hertel-Merseburg im „Schloßgartensalon".

Numerierte Karten zu 4 — Mk. im Vorverkauf bei Herrn Frahnert, Kl. Ritterstr. und an der Abendkasse.
Der Hilfsausschuß.

Oberschlesier-Hilfswoche!

Donnerstag, den 18. August, nachmittags ½6 Uhr, auf dem Kasernenhof,
Fußball-Wettspiel
Sportverein 99 I — Schutzpolizei Merseb.
In den Pausen:
Vorführung leichtathletischer Uebungen.
Der Hilfsausschuß.

„Tivoli" Merseburg. Donnerstag, den 18. August 1921,
Gastspiel d. Theatergesellsch. Dir. F. Richard.
Jugendliche unter 16 Jahren haben keinen Zutritt.
Das Mädchen aus der Ackerstraße (Verbotene Liebe)
Tendenz-Sitten-Drama in 3 Akten nach dem bekannten Roman u. Film v. Thilo Schmidt. Im Leipzig (Battenberg-Theater) über 100 Aufführungen. Das Stück ist in keiner Weise anstößig oder verletzend, sondern aktuell
Einlaß 7 Uhr. und aufklärend. Anfang 8 Uhr.
Preise der Plätze im Vorverkauf im Zig.-Geschäft Fuchs: Sperrsitz 7.—, 1. Pl. 6.—, 2. Pl. 3.— Mk. Steuer extra.

Hausbesitzer!
Freitag, den 19. d. M., abends 8 Uhr
Versammlung
/-/ im „Neuen Schützenhaus. /-/

Einfach. Schneiderei
in und außer dem Hause nimmt an Roßmarkt 3.

Dienst mädchen,
fleißig und ehrlich, vom Lande sofort oder 1. Sept. gesucht. Wo sagt die Exp. d. Bl.

Dienstmädchen
ab 1. September bei gutem Lohn gesucht
Privat-Kantine Schinke, Neumark.

Ordentliches
Dienstmädchen
zum 1. Septbr. gesucht
Frau Bispinghoff,
Gr. Ritterstr. 13, 1 Tr.

Jüngeres anständiges
Dienstmädchen
z. 1. Septbr. gesucht. Meld. erb. 8—10, 1—3.
Barkstraße 1.

Ein ordentliches, kräftiges nicht zu junges
Dienstmädchen
wird zum 1. Septbr. gesucht.
Göße, Delgrube.

Frau oder Mädchen
für Hausarbeit zur Aushilfe gesucht. Zu melden
Christianenstr. 5, pt. l.

Kinderloses Ehepaar sucht sauberes, ehrliches
Mädchen
Frau Ingenieur Grabbing, Möckerling bei Mücheln.

Aelteres, zuverlässiges
Mädchen
mit guten Zeugnissen suche ich zum 1. 9. wegen Verheiratung meines jetzigen.
Frau Dr. Boettcher,
Roßmarkt 13.

Zuverlässiges ordentliches
Mädchen,
welches schon gedient hat, zum 1. Sept. od. später ges.
Frau Lisa Meister,
Breuserstraße 22.

Erfahrenes, ehrliches
Mädchen
für Hausarbeit bei gutem Lohn tagsüber sof. gesucht. Zu erfrag. in der Exp. d. Bl.

Eine Brosche verloren.
Gegen Belohnung abzugeben Neumarkt 42.

Schirm vertauscht
(Sonnabend). Umtausch erb.
Hallesche Str. 57, 2 Tr.
Daselbst n. Feldbluse z. verk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210816-18/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 190. Dienstag den 16. August 1921. 48. Jahrg.

Die Gefahren der oberschlesischen Vertagung.

Briands Mahnung.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Obersten Rates der deutschen Regierung eine Note zugesandt, in der sie aufgefordert worden ist, für die Aufrechterhaltung der Ruhe in Oberschlesien zu tun, was sie tun kann. Einer solchen Aufforderung an die deutsche Regierung hätte es nicht bedurft. Wir nehmen an, daß die gleiche Mahnung auch nach Warschau gerichtet ist. Dort allein war sie am Platze, denn von dort aus sind die bisherigen drei polnischen Aufstände in Oberschlesien organisiert und geleitet worden. Dort sitzen die Drahtzieher, und wenn man in Warschau das Zeichen gibt, so können jeden Tag neue Unruhen in Oberschlesien ausbrechen. Wenn man aber in Warschau, woran noch sehr zu zweifeln ist, die irregulären und geheimen Organisationen nicht mehr unterstützen würde, dann würde in Oberschlesien sicherlich die Ruhe aufrecht erhalten bleiben. Das oberschlesische Volk will endlich Frieden und will wieder in Frieden arbeiten. Das hat sich gezeigt, als am 8. August, am Tage des Zusammentritts des Obersten Rates in Paris, in Oberschlesien der Generalstreik von polnischer Seite entfesselt werden sollte. Die Parole war ausgegeben worden. Die Führer wollten den Streik als Vorboten neuer Unruhen. Aber die polnisch gesinnte Bevölkerung machte nicht mehr mit, sie wollte sich nicht noch einmal ins Unglück treiben lassen. Diese Tatsache ist überaus bemerkenswert, sie zeigt, daß auch die polnisch gesinnte Bevölkerung ernstlich bemüht ist, mit den bisherigen Gewaltmethoden Schluß zu machen. Schon sind Verhandlungen mit der deutschen Seite angeknüpft worden, in denen festgelegt werden soll, daß beide Parteien für die Zukunft überhaupt auf jede Gewaltanwendung verzichten; mag die Entscheidung auch ausfallen wie sie will. Den Friedenswillen der polnischen Bevölkerung vorausgesetzt, wäre es aber doch falsch, die immer noch vorhandenen Gefahrmomente zu unterschätzen. Noch immer sind die Organisationen am Werke, die nach außen hin die Aufgabe haben, den polnischen Aufstand zu liquidieren, die aber tatsächlich alle Organisationsfäden für einen neuen Aufstand zusammenfassen. Noch immer stehen auch an der oberschlesischen Grenze reguläre und irreguläre polnische Truppen zum Einfall bereit, und schließlich wird es interessant sein, zu erfahren, wohin sich Korfanty, nachdem er von Paris abgereist ist, begeben hat, und was er nun zu tun gedenkt. Briand hätte in Paris Gelegenheit genug gehabt, Herrn Korfanty die Leviten zu lesen. Wir fürchten nur, daß es dazu nicht gekommen ist.

Ein Regierungsaufruf an die Oberschlesier.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung erlassen folgenden Aufruf:

Die Entscheidung über Oberschlesien ist wider Erwarten nicht gefallen. Der Spruch ist vertagt worden. Die Leidenszeit des oberschlesischen Volkes hat ihr Ende noch nicht gefunden. Es gilt, in zäher Ausdauer weiter auszuharren. Oberschlesier! Eure Sache ist gerecht. Die Gerechtigkeit wird und muß siegen, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker Geltung haben soll. Ihr habt euch mit überwältigender Mehrheit für Deutschland ausgesprochen. Euer und des Reiches Wohlergehen hängt davon ab, daß Oberschlesien beim Reiche bleibt. Oberschlesier! Ihr habt bisher trotz schwerster Herausforderungen musterhafte Ruhe und Ordnung bewahrt. Die berechtigte Empörung der Gewaltakten polnischer Insurgenten hat euch die Welt nicht verwirrt. Nun wahrt auch weiterhin die Selbstzucht, die euch bisher ausgezeichnet hat! Laßt die kühle Überlegung nicht schwinden und laßt euch durch nichts zu unüberlegten Handlungen verleiten, die eurer gerechten Sache nur Schaden bringen würden! Mit euch hofft das ganze deutsche Volk, daß der Tag nicht fern ist, an dem die Schranken zwischen euch und dem Mutterlande wieder fallen, an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wiedervereinigung Oberschlesiens mit Deutschland, dem es seit sieben Jahrhunderten angehört hat, Anerkennung findet zum Besten Oberschlesiens, des Deutschen Reiches, des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas und des Friedens der Welt!

Der Reichspräsident: Ebert. Die Reichsregierung: Dr. Wirth.

Vorboten polnischen Bandenkrieges.

Beuthen, 16. Aug. Gestern abend gegen 6 Uhr versuchten Insurgenten, unterstützt von Mannschaften der aktiven Wache Hafelinde, einen Vorstoß gegen die Stadt Beuthen, wobei zwei Deutsche verwundet wurden, darunter einer sehr schwer. Den Apobeamten gelang es, sechs Insurgenten zu ermitteln und zu verhaften. Sie wurden unter starker Bedeckung nach Beuthen übergeführt.

Beuthen, 15. Aug. Gestern abend gegen 7½ Uhr wurde eine auf einem Platze in Dombrowa auf die Straßenbahn wartende etwa hundertköpfige Menschenmenge von etwa 30 bis 40 Banditen plötzlich umzingelt und mit Stöcken geschlagen und mit Waffen bedroht. Mehrere Männer und Frauen wurden durch Stockschläge blutig verletzt. Ein Kaufmann aus Beuthen wurde mit einem Gummiknüppel derart geschlagen, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Als Polizeibeamte herbeieilten, ergriffen die Banditen die Flucht und entkamen unerkannt.

Laut Blättermeldung versuchten mehrere polnische Banden von jenseits der oberschlesischen Grenze in der Nähe von Myslowitz in Oberschlesien einzudringen. Besatzungstruppen und Apobeamte stellten sich ihnen entgegen. Nach kurzem Feuergefecht zog sich die Bande wieder über die Grenze zurück. Als sie jenseits war, eröffnete sie eine lebhafte Schießerei auf die oberschlesische Ortschaft nächst der Grenze.

Polnisches Attentat gegen einen englischen Offizier.

Im Kreise Rosenberg wurde, wie die „Voss. Zeitung" meldet, auf das Automobil des wegen seiner Unparteilichkeit bei der deutschgesinnten Bevölkerung beliebten englischen Polizeioffiziers Major Chessy eine Eierhandgranate geworfen, die zwar explodierte, jedoch keinen Schaden anrichtete.

Die Polen mißhandeln einen Italiener zu Tode.

Laut „L.-A." schildert ein Augenzeuge die grausame Mißhandlung eines italienischen Sergeanten auf dem Bahnhof Charlottengrube bei Rybnik durch polnische Insurgenten. Etwa dreißig Insurgenten rissen den Sergeanten aus dem Zugabteil heraus und schlugen unter Verwünschungen Italiens so lange auf ihn ein, bis er zusammenbrach. Die französische Bahnhofswache sah dem Vorgang untätig zu. Der Italiener, der sich wieder in den Zug geschleppt hatte, wurde dort von den Insurgenten weiter mißhandelt. Er ist an den Verletzungen gestorben.

Späte Erkenntnis in Paris.

London, 15. Aug. Der gut informierte Pariser Vertreter der „Westminster Gazette" verschert, die allgemeine Ansicht der dortigen politischen Kreise sei die, daß mit der Verweisung an den Völkerbund die polnisch-französische Sache in Oberschlesien verloren sei und daß Ministerpräsident Briand besser getan hätte, einen der angebotenen Vergleiche anzunehmen. Der Ausgang der Konferenz habe der Entente den schlimmsten Streich verleht, den sie bisher je erlebte, und ihr Verlauf habe zugleich auf den amerikanischen Botschafter Harvey den denkbar ungünstigsten Eindruck gemacht.

Französische Lügen aus Oberschlesien.

Agence Havas verbreitet eine Reihe von Sensationsnachrichten aus Oberschlesien. So wird in einem Telegramm aus Beuthen gesagt, daß in den letzten Tagen Stoßtruppler auf der Straße von Lesnica mehrere Mitglieder des örtlichen Abstimmungsausschusses angegriffen hätten. Einem von ihnen wäre es gelungen, zu entfliehen, die anderen seien getötet. Ihre Leichen seien in die Oder geworfen worden. Die Namen der Opfer werden genau angegeben. In einem Walde in der Nähe des Dorfes Wolszowa sei eine Leiche ohne Kopf gefunden worden, die später identifiziert werden konnte. Eine deutsche Untersuchungskommission habe auf Selbstmord geschlossen. In Amalienhof hätten Stoßtruppler mehrere Polen erschossen, weil bei ihnen Papiere gefunden wurden, aus denen hervorging, daß sie Angehörige der Fallerarmee waren. Die Opfer seien gezwungen worden, ihre Gräber selbst zu schaufeln. Aus Hindenburg werde gemeldet, daß die Bewohner von Hindenburg und Gleiwitz in einer großen Manifestation den Wunsch ausgesprochen hätten, mit Polen vereinigt zu werden. Die Entschließungen von vier großen Versammlungen unterstrichen die Übereinstimmung dieses Wunsches mit den Bestimmungen des Vertrages von Versailles. Im Bezirk von Gleiwitz, wo der deutsche Terror von Tag zu Tag stärker in die Erscheinung getreten sei, sei es möglich gewesen, die Versammlung in 72 Gemeinden zu organisieren. Die Entschließungen trügen die Unterschriften der Bürgermeister und das Amtssiegel der Gemeinden. — In Paris phantasiert man stark!

Deutsche Vertreter zum Völkerbundsrat zugelassen?

London, 15. Aug. Auf eine Anfrage erklärte Lloyd George im Unterhause, der Völkerbundsrat sei gebeten worden, sein Gutachten über die Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien abzugeben. Auf die Frage, ob Vertreter Polens und Deutschlands ersucht werden sollen, ihre Sache darzulegen, erklärte Lloyd George, er hege keinen Zweifel, daß den Beteiligten durchaus Gelegenheit gegeben werden würde, ihre Sache zu vertreten.

Provinz und Nachbarländer.

s. Weißenfels, 16. Aug. Der Kreistag des Landkreises Weißenfels setzte in seiner letzten Sitzung eine Kommission zur Vorbereitung der vom Kreistage zu erlassenden Besoldungsordnung und des neu aufzustellenden Besoldungsplanes fest. — Der Gemeinde Streckau wird zur Errichtung eines Sechsfamilien-Wohnhauses, dessen Kosten auf 314 000 ℳ veranschlagt sind, eine Beihilfe von 80 000 ℳ bewilligt. Vom Staate wird ein Landesdarlehn von 64 000 ℳ erwartet. — Um auf dem dem Kreishause gegenüberliegenden Gelände Beamtenwohnhäuser erbauen zu können, wird beschlossen, von der Stadt Weißenfels rund 5502 Quadratmeter zum Preise von je 15 ℳ zu erwerben. Zu diesem Zwecke wurde auch der Aufnahme einer Anleihe von 125 000 ℳ zugestimmt. Es wurde eine neue Ordnung für die Erhebung einer Kreissteuer von der Erlangung zur Erlaubnis zum ständigen Betriebe der Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus, sowie eine neue Ordnung für die Erhebung einer Hundesteuer angenommen. An die Kreiswasserleitung sind bis jetzt 16 Gemeinden und ein Gutsbezirk angeschlossen, von denen einzelne Gemeinden über Wassermangel klagen. Der Kreistag beschloß eine Mehrbelastung dieser Gemeinden in der Weise, daß sie auf das Gesamtveranlagungssoll der Grund- und Gebäudesteuer mit 60 % mehr belastet werden; ganz oder teilweise davon sollen die Gemeinden befreit werden, die aber ungenügend Wasser bekommen.

s. Naumburg, 16. Aug. Die Stadtverordneten genehmigten für die äußere Instandhaltung des Rathauses 220 000 ℳ, die vorschußweise in 10 Jahresraten aus den Mitteln des Ordinariums des Haushaltsplanes entnommen werden sollen. Bei der vom Magistrat unterbreiteten Vorlage, die Kosten für die innere Instandsetzung des Rathauses in Höhe von 800 000 ℳ zu bewilligen, herrschte nicht die Einmütigkeit der Versammlung vor, denn sie wurde mit 16 gegen 10 Stimmen angenommen. In der angenommenen Summe sind schon 105 000 ℳ inbegriffen, die in einer früheren Versammlung genehmigt wurden sind. — Die Versammlung erörterte in eingehender Weise die Frage, ob die Stadt Anspruch auf etwaige Staatszuschüsse für die städtischen höheren Lehranstalten erheben und damit die von Staatswegen vorgeschriebenen Schulgeldsätze von 500 bis 600 ℳ einführen wolle. Vom Bürgermeister Rohloff wurden entsprechende Erläuterungen gegeben, daß bei Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungen sich die Stadt gewisser bisher genossener Rechte in der Besetzung der Direktoren und akademischen Lehrerstellen vergeben würde, da dann auch der Staat in bestimmtem Umfange darüber mit zu bestimmen haben würde. Die Stadt würde bei der Geneigtheit, die staatlichen Schulgeldsätze einzuführen, eine Schulgeldeinbuße von 330 000 Mark erleiden, da sie die Erhebung höherer Schulgeldsätze beschlossen hat, deren Genehmigung noch aussteht. Sie würde bei der Anpassung an die staatlichen Schulgeldsätze nur auf einen Staatszuschuß von 100 000 ℳ zu rechnen haben. Die Mehrheit der Stadtverordneten erklärte sich dafür, auch weiterhin auf Staatszuschüsse zu verzichten, um sich damit die bisher genossenen Rechte zu erhalten. — Das vom Stadtrat Walther gemachte Vermächtnis von 20 000 ℳ zur Begründung eines Fonds zur Herstellung einer Dienstwohnung für den Ersten Bürgermeister wurde unter den üblichen Dankesbezeugungen angenommen. — Am 1. September d. Js. wird das neue Krankenhaus eröffnet werden. Als Verpflegungssätze gelten für Erwachsene von 18 Jahren in den Klassen I, II und III 45, 30 und 20 ℳ (für Auswärtige 55, 37,50 und 25 ℳ). Für die hiesigen Ortskrankenkassen soll ein ermäßigter Tagesverpflegungssatz von 18 ℳ berechnet werden. — Die Beantwortung der von einem Stadtverordneten an den Magistrat gerichteten Anfrage, warum er eine Herabsetzung des Zuckerpreises von 4 ℳ auf 3,85 ℳ angeordnet habe, wurde vom Bürgermeister Rohloff mit dem Hinweis abgelehnt, daß der Magistrat über die Beweggründe dazu nur dem Staate gegenüber Rechenschaft schuldig sei. Es folgten auch weiter noch Auseinandersetzungen über den vom Magistrat getätigten Verkauf von Lebensmitteln (Schmalz und Büchsenfleisch) nach auswärts.

Die Besprechungen über die Getreideumlage in der Provinz Sachsen.

Halle, 15. Aug. (WTB.) Am 10. und 12. August fanden in Magdeburg und in Halle unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Besprechungen über die Getreideumlage statt, zu denen Landbund, Landwirtschaftskammer, Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte eingeladen waren. Hierbei sollte auf Grund zahlreicher Beschwerden die Getreideumlage der Regierungsbezirke Merseburg und Magdeburg einer Nachprüfung unterzogen werden. Zu Beginn der Sitzungen teilt der Oberpräsident erklären, daß er trotz seiner persönlichen Bemühungen beim preußischen Staatskommissar für Volksernährung in Berlin eine Herabminderung des Umlagesolls für die Provinz Sachsen nicht habe durchsetzen können. Eine Änderung des Umlagesolls für die einzelnen Regierungsbezirke sei mithin ausgeschlossen. Zu erwägen sei, ob eine Möglichkeit bestände, in den einzelnen Provinzen einen Ausgleich zu schaffen durch Verschiebung des Umlagesolls innerhalb der einzelnen Kreise und zwar zugunsten der schwächeren Lieferungskreise unter gleichzeitiger Mehrbelastung der liefertarken Kreise. Leider ergab sich in den Verhandlungen, daß heute, nachdem die einzelnen Kommunalverbände das Liefersoll auf die einzelnen Erzeuger bereits umgelegt hatten, weder die technische noch die rechtliche Möglichkeit besteht, irgendeine Be- beziehungsweise Entlastung von einzelnen Kreisen vorzunehmen. Eine Änderung wäre nur dann zu ermöglichen, wenn jeder einzelne von der Umlage betroffene Erzeuger der besseren Kreise sich bereit erklären würde, zugunsten der Landwirte in den schwächeren Kreisen nachträglich eine Erhöhung seines Umlagesolls auf sich zu nehmen. Der Landbund der Provinz Sachsen stellte nun durch seinen Vorsitzenden Landrat a. D. Frhr. v. Wilmowski (in Magdeburg durch den Bezirksvorsitzenden Gutsbes. Schäfer-Kampf)

Das Wasser kommt!

Roman von Arthur Winckler-Tannenberg.

18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Werner lächelte. Als er an der von der Schürze viel Notiz nehmen würde, wo ihn das Leben blühend anwehte aus rosigen Wangen und leuchtenden Augen. Er wandte sich an Philipp und gebot ihm, seine Last niederzusetzen, lobte ihn dafür und hieß ihn eintreten.

Eine wenig benutzte geräumige Stube, in der mächtige Schränke standen, wurde zum Atelier bestimmt und Werner richtete sich ein.

Eine halbe Stunde später erschien er wieder im Wohnzimmer und erklärte, die erste Sitzung könne beginnen. Eine Art beklommene Erwartung lag über den drei Hardts. Es war doch etwas Gewaltiges, vor dem nie geahnten Ereignis zu stehen, daß ein Mitglied der Familie von einem wirklichen Maler porträtiert werde. Ordentlich feierlich setzte man sich in Bewegung. Der Vater, kraft seines größten Mutes, schritt voran, hinter ihm, leise, als scheue sie sich, fest aufzutreten, kam Toni und zuletzt, fast ängstlich, die Mutter.

„Ja, Vater", flüsterte sie, „dürfen wir denn dabei sein. Stören wir nicht? —"

Hardt lachte.

„Na, Mutter, das wird sich schon finden. Wer was kann, läßt sich nicht stören. Was, Werner?"

Der Gefragte überhörte mit Absicht. Er setzte Toni in die gewünschte Beleuchtung, ließ sie eine Hand, deren Haltung gezwungen schien, anders legen, gab ihren Augen ein Ziel, bat sie aber, nicht fest darauf zu blicken und antwortete nur zwischenhinein, nebenbei dem Vater.

„Von Störung ist keine Rede, aber langweilig wird's Ihnen bald werden. Denn zu sehen ist nach lange nichts —, bitte, Fräulein Toni, den Kopf vor, nicht so gerade, nicht so steif, leicht geneigt, als ob Sie in Gedanken säßen, in fröhlichen Gedanken —"

Vater und Mutter sahen sich etwas enttäuscht an: Noch lange nicht? Sie hatten gedacht, es ginge gleich bunt los — und man sah noch keine Farbe, nur Kohlenstifte und graue Blechtuben auf einem Tische neben der Staffelei verstreut, eine braune Holzplatte, auf der ein paar Pinsel lagen und einige Flaschen mit weißgelber Flüssigkeit.

Resigniert setzten sich die Alten auf zwei Stühle an der Tür und warteten. Niemand sprach.

Toni lächelte erwartungsvoll. Sie kam sich sehr wichtig vor und der Eltern Staunung machte ihr Spaß.

„So ist's recht", lobte Werner, und der Kohlenstift machte die ersten leichten Striche auf der grauen Leinwand. Die Alten reckten unwillkürlich die Hälse. Dabei vermeinten vor Andacht sie fast, in der Kirche zu sitzen.

Und nun stiegen ganz allmählich in immer fester werdenden Umrissen Stirn und Wange, Kinn und Hals aus dem gleichförmigen Grunde, der Mund in fröhlicher Schweifung wurde sichtbar und eine Haarwelle überm linken Ohre.

„Gott!" sagte die Mutter leise wie ein Hauch, legte sich aber erschrocken gleich die Hand auf die Lippen. Hardt nickte ihr ernsthaft zu und das sollte ausdrücken: Ich habe Dir's ja gesagt, er kann was. —

Aber das war die Anfangsspannung. Nach und nach ging Hardts die Sache doch zu langsam. Namentlich empfanden sie's wie einen Raub an ihren Zuschauerrechten, wenn der Maler plötzlich nach dem Brotstücke griff und ein Stück seines Kunstwerkes rücksichtslos fortwischte. Frau Therese erschrak jedesmal und ihr Mann machte eine mißbilligende Bewegung. Als wieder einmal ein ansehnlicher Teil der einen Wange verschwand, stand der Schultheiß auf und sagte: „Na, Mutter, ich komme wieder, wenn mehr zu sehen ist. Bleibst Du noch?"

Sie sah unschlüssig zu ihm und dann zu Werner.

„Wenn ich wirklich nicht störe —"

„Gar nicht", sagte der Maler.

„Dann bleib' ich noch ein Weilchen. Aber nachher muß ich in die Wirtschaft, die Toni fehlt dort schon —"

Hardt nickte dem Künstler und der Tochter zu und ging, Frau Therese faltete die Hände im Schoß und wartete weiter.

Werner schmunzelte für sich hin. Er hatte gewußt, daß es so kommen würde. Hätte er der Eltern Anwesenheit von vornherein abgelehnt, so wäre deren Beharrungswille sicherlich stärker gewesen. Und nach einer weiteren halben Stunde war der zweite Stuhl an der Tür leer. Still war die Mutter davongeschlichen, das Geschick und Gewische hatte für sie stark an Interesse verloren, und draußen gab's viel zu tun.

Dann ein paar Minuten noch, als sie allein waren, arbeitete Werner, aber seht legte er den Metallhalter des Kohlenstiftes hin, wischte die Finger in einem weißen Tuche ab und sagte: „Pause, Sie dürfen nicht müde und abgespannt sein."

Toni rührte sich.

„Ich bin nicht müde —"

„Aber Sie sind nicht mehr so froh, wie vorhin —"

Toni errötete.

„Ich weiß nicht —" stotterte sie.

„Aber ich weiß es. Jeder Zug, jede Muskel, jeder Hauch der Stimmung liegt vor des Malers Auge, wenn er ein Gesicht belauscht. Es waren keine frohen Gedanken mehr, die Sie jetzt dachten, es waren bittere, traurige —"

Da wurde das junge Mädchen ganz verwirrt.

„So scharf beobachten Sie mich? —"

„Muß ich es nicht? Soll ich nicht die Seele mitmalen, wenn ich den Leib male? — Und seh' tut mir's, nicht bloß um das Bild, in dem der Sonnenschein fehlt, sondern um Sie selbst, Fräulein Toni —"

„Ich bin nicht mehr abgespannt, möchten Sie weiter arbeiten? Ein ganz fröhliches Gesicht will ich machen."

Dabei hatte sie auch schon wieder die vorgeschriebene Stellung eingenommen und wie man wenig daran zu ändern. Nur wieder die Hand freier zu legen, und wie er die anfaßte, zuckte sie leicht zusammen.

Er tat ihr den Willen und arbeitete weiter, aber tiefer prüfend lag sein Blick auf ihrem Gesicht und sie spürte es. Da wich trotz allen festen Vorsatzes das unbefangene Frohe aus den Zügen und er erklärte ihr: Für heute sei's genug, sie finde die rechte Stimmung nicht mehr.

„An was mögen Sie bloß gedacht haben, Fräulein Toni", sagte er, und das klang ehrlich, teilnahmsvoll.

Da brach auch ihr Ehrlichkeitswille kraftvoll durch.

„Sie haben recht, ich habe an etwas Häßliches gedacht, das man mir gestern sagte. Ich sollte es nicht glauben und nicht daran denken, ich will's auch nicht mehr."

„Und was das war, darf ich nicht wissen? —"

„Sie! Nein, — o Gott, Sie zuletzt!"

Damit hatte sie sich verraten. Werner war zu ihr getreten. Traurig sagte er: „Ich zuletzt! Also zu mir zuletzt in aller Welt hätten Sie Vertrauen? Zu jedem andern eher?

Sie sah ihn erschrocken an.

„Das hab' ich nicht gesagt und hab' ich auch nicht gemeint, aber —"

„Aber?"

„Ich kann es nicht sagen, Ihnen nicht. Es würde Sie ärgern, wie es mich geärgert und gekränkt hat —"

Über Werners Gesicht ging ein Aufleuchten plötzlichen Verstehens.

„Ah, also aber muß ich mir man zu Ihnen gesprochen. Argerliches, Kränkendes. Und das hat Ihnen weh getan?"

Freudig, dankbar fragte er's.

Sie antwortete nicht.

„Aber das macht mich ja glücklich, Fräulein Toni! So glücklich! Ich will nicht wissen, wer es Ihnen sagte, auch nicht, was man Ihnen sagte, daß Sie Anteil nehmen an meinem Wohl und meiner Ehre ist mir so wertvoll, so wichtig, daß alles andere nichts gilt. Dafür danke ich Ihnen aus ganzem Herzen —"

„Sie ahnen, Sie erraten alles, was ich denke, ehe ich's sage, auch wenn ich's gar nicht sagen will —" stammelte sie verwirrt.

„In ehrlichen Augen und Herzen ist leicht zu lesen. Aber, Fräulein Toni, ein bitterer Tropfen fällt doch in meinen Freudenwein. Ich sagte Ihnen schon, Sie sahen vorhin aus, als hätten Sie einen schönen Glauben verloren und trauerten um ihn. War's der Glaube an mich?"

„Nun fragen Sie doch!"

„Nicht nach dem, der Ihnen etwas sagte, nicht nach dem, was man Ihnen sagte. Das alles achte ich nicht, aber, ob Sie mir glauben oder nicht, das muß ich fragen, seit ich Ihre Zweifel kenne, das muß ich fragen, ich kann nicht anders!"

Er hatte eine der herabhängenden Hände gefaßt und hielt sie fest. Das scheu abgewandte Gesicht des jungen Mädchens blickte auf. Langsam zögernd kam es herum, und nun, da es tapfer und aufrichtig sich ihm zukehrte, lag wieder aller Sonnenschein glückvollen Glaubens und Vertrauens darin. Toni, die lachende, die frohe, war wieder da.

„Ich hab' mich geärgert, aber geglaubt hab' ich's nicht."

„Daß ich irgend was Übles, Häßliches, Schlechtes wollte."

Sie nickte.

„Toni!" schrie er beglückt.

Sie wollte ihre Hand aus der seinen ziehen, aber er hielt sie fest. Auch sträubte sie sich eigentlich nicht als er mit der festgehaltenen Hand das ganze Mädchen näher zog, als er die andere um Tonis Schulter legte, sich zu ihr niederbeugte und flüsterte:

„Toni, dann hast Du mich ja lieb, so lieb wie ich Dich habe!"

Aber nun trat sie mit blutübergossenen Wangen zurück. Zwei Schritte machte sie der Tür zu. Ihre rechte Hand suchte einen Stützpunkt und fand ihn an der Lehne eines der Stühle, auf denen Vater und Mutter gesessen hatten. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210816-18/fragment/page=0005

des Antrag, daß von dem 5 prozentigen Zuschlag, den jeder Kommunalverband zum Ausgleich von Ausfällen nach § 3 des Umlagegesetzes aufschlagen dürfte, etwa 3 Prozent den Regierungspräsidenten zur Verfügung gestellt würden, gewissermaßen als besonderer Ausgleichsfonds zur nachträglichen Entlastung der Kreise vorwiegend leichteren Bodens. Dies wäre der einzige Ausweg gewesen, gerade diese Kreise noch nachträglich zu entlasten. So sehr die Regierung diesen praktischen Vorschlag begrüßte, konnte sie ihn doch nicht stattgeben, da nach ihrer Ansicht eine reaktische Handhabe zur Durchführung nicht gegeben war. — Der Landbund richtet nun an die Landwirte die dringende Aufforderung. Denkt an die Nöte der städtischen Bevölkerung, der Arbeiter, kleinen Rentner, Beamten, Kinder und Greise! Darum liefert schnell Euer Umlagegetreide ab. Und wer dann noch etwas Getreide zum freien Handel übrig behält, der verkaufe es zu mäßigen Preisen nur an solche Müller und an die ihm bekannten Händler. Schieber und wilde Aufkäufer aber weise er mit Verachtung von seinem Hofe!

Ein verbrecherischer Anschlag auf einen Eisenbahnzug.

Erfurt, 15. Aug. In der Nacht zum Montag entgleiste auf der Strecke Erfurt-Weimar in der Nähe der Blockstation Ammonsdorf wahrscheinlich infolge verbrecherischen Anschlages ein Güterzug. Die Lokomotive und 14 Güterwagen wurden stark beschädigt. Personen sind nicht verletzt. Der D-Zugverkehr über Erfurt muß umgeleitet werden; der Nahverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. An der Unfallstelle war eine Schiene vom Bahnkörper entfernt worden! Der Verkehr wird voraussichtlich im Laufe des Vormittags wieder aufgenommen werden können.

Schweres Unwetter.

Greuzburg a. d. Werra, 15. Aug. Am Sonntag mittag wurde das mittlere Werratal und die Gegend des westlichen Thüringen von schweren Gewittern mit langanhaltenden wolkenbruchartigen Regengüssen heimgesucht. Von den Anhöhen ergossen sich wahre Ströme in die Niederungen. Stellenweise wurde auch durch Hagelschlag großer Schaden an Feldfrüchten angerichtet.

Kleine Rundschau.

Bei Malaberlein in der Wohnstube eines Handwerksmeisters in Freyburg fand ein Malergehilfe ein geladenes Doppelpistol, das sich bei der Hantierung entlud und den Gehilfen die linke Hand zerriß. — Ein größerer Grasbrand entwickelte sich in einem Tanzenbusch bei Halle. — Auf dem Friedhofe in Blankenburg erschoß eine 46jährige Ehefrau ihren 76jährigen Gatten und legte dann ebenfalls Hand an sich. — Aus dem Mühlenteich in Blankenburg wurden die Leichen eines jungen Ehepaares gezogen, das gemeinsam in den Tod gegangen war. — Infolge Brandstiftung sicherte in Ludwigsstadt ein Großteil die Gehöfte zweier Landwirte ein. — In der Wassermühle bei Oberburg stürzte ein Müllergeselle mit dem Fahrstuhl ab und blieb tot liegen. — Eine schmähliche Enttäuschung mußten einige Geldschrankknacker in Jena erleben, als sie nach stundenlanger Arbeit die Entdeckung machten, daß der angebohrte Geldschrank leer war. — Eine junge Frauensperson in Jena wurde als gerissene Kreditschwindlerin entlarvt, die es hauptsächlich auf Badementen- und Wäschegeschäfte abgesehen hatte. — Vom Wuchergericht Meiningen wurde ein Landwirt wegen Preistreiberei zu 6000 ℳ Geldstrafe verurteilt. — In der Mansfelder Straße in Halle wurde am Vormittag des 8. August ein Raubüberfall auf eine dort wohnende Ehefrau ausgeführt. Die drei Täter nutzten aber auf die Hilferufe die Flucht ergreifen und wurden am Nachmittag verhaftet. — In Thamsbrück wurde der landwirtschaftliche Arbeiter Schatz von einem Erntewagen tödlich überfahren. — Auf dem Kammergut Mönchpfiffel wurde einer Frau beim Füttern von einem Wild gewordenen Zugochsen der Leib aufgeschlitzt. — Bei Titschendorf wurde ein Buchhalter von zwei jungen Burschen überfallen, an einen Baum gebunden und nach Geld durchsucht.

Merseburg und Umgegend.

16. August.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Hauptblatt.)

** **Regelung der Arbeitszeit.** Auf Grund der Ziffer VII Abs. 3 der Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. 11 und 17. 12. 1918 ordnet der hiesige Regierungspräsident als Demobilmachungskommissar für seinen Bezirk unter Aufhebung der Anordnung vom 10. 11. 1919 an, daß für die handwerksmäßig betriebenen Schmieden, Schlossereien, Stellmachereien, Tischlereien und Sattlereien, die ausschließlich oder vorwiegend für Zwecke der Landwirtschaft tätig sind, sowie für Werkstätten zur Instandsetzung landwirtschaftlicher Maschinen, die Arbeitszeit in Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern unter Beachtung der §§ 3—5 der vorläufigen Landarbeitsordnung vom 24. 1. 1919 auf durchschnittlich 8 Stunden in 4 Monaten, 10 Stunden in 4 Monaten und 11 Stunden in weiteren 4 Monaten festgesetzt werden darf. In jedem Betriebe, der von der Ausnahmegenehmigung Gebrauch macht, ist ein von der Ortsbehörde abgestempelter Abdruck der Ausnahmebewilligung auszuhängen. In Ortschaften mit 10 000 und mehr Einwohnern sind Einzelanträge auf Genehmigung von Überarbeit an das Gewerbeaufsichtsamt oder den Demobilmachungskommissar zu richten.

** **Für die Aufbringung der Getreideumlage aus der Ernte 1921** 22 ist vom Oberpräsidium der Provinz Sachsen ein Verteilungsplan aufgestellt worden, wonach die gesamte Provinz 3 057 638 D.-Ztr. Getreide aufzubringen hat. An erster Stelle stehen Kreis Delitzsch mit 173 364 D.-Ztr., Querfurt mit 145 578 D.-Ztr., Eckersleben mit 140 464 D.-Ztr., Mansfelder Seekreis (Eisleben) mit 134 582 D.-Ztr., Wanzleben mit 134 167 D.-Ztr., Versorgungsverband Weißenfels mit 134 191 D.-Ztr. Die wenigsten Getreidemengen haben mit aufzubringen: Schleusingen mit 1126 D.-Ztr., Erfurt-Stadt mit 1296 D.-Ztr., Mühlhausen-Stadt mit 1417 D.-Ztr., Naumburg-Stadt mit 1514 D.-Ztr. Der Versorgungsverband Merseburg ist zu 137 710 D.-Ztr. verpflichtet. Auf den Regierungsbezirk Magdeburg entfallen 1 374 949 D.-Ztr., auf den Regierungsbezirk Merseburg 1 440 624 D.-Ztr. und auf den Regierungsbez. Erfurt 242 075 D.-Ztr. S.

** **Zur Schulentlassung im Herbst d. J.** seien Eltern, deren Söhne den Gärtnerberuf erlernen wollen, darauf aufmerksam gemacht, daß die Landwirtschaftskammer in Halle a. S., Kaiserstr. 7, eine Lehrstellenvermittlung für Gärtnerlehrlinge unterhält, die kostenlos arbeitet. Es werden nur Lehrstellen in anerkannten Lehrgärtnereien vermittelt, in welchen den Eltern der betreffenden jungen Leute Gewähr für eine sach- und zeitgemäße Ausbildung geboten ist.

** **Neue Zwei-Mark-Scheine.** Der neue Eine-Mark-Schein mit der Sonnenblume zwischen den Füllhörnern hat endlich einen Bruder erhalten. Der bezeichnete Zwei-Mark-Schein kommt in den Verkehr als Ablösung des bisher durch so viele Hände gegangenen roten Papieres. Die Vorderseite zeigt in einem braunen Wiesenton die Wertbezeichnung in Buchstaben, flankiert von zwei Reichsadlerkleinzeichen. Als Umrahmung eine aus zierlichen Ornamenten gewobene Raute auf bräunlichem Grunde, auf dem kleine braune Zweien aufgedruckt sind. Auf der Rückseite in dunklerem Braun in der Mitte wieder Nummer und Wertbezeichnung, darneben rechts und links auf blau und braun geblümter Tapete Stempel und Siegel der Reichsschuldenverwaltung. Querseiten tragen oben nochmals die Aufschrift Darlehenskassenschein und unten die üblichen Unterschriften. Das Ganze umrahmt — in der Form Erinnerung an Leibnitzkeks — die bekannte Drohung: „Wer Darlehnskassenscheine nachmacht oder ...“ Als Gesamteindruck etwas sehr fraus und etwas reichlich braun, doch im ganzen ein erfreulicher Fortschritt gegen den alten roten Zwei-Mark-Schein.

** **Das Provinzialmissionsfest der Berliner Mission für die Provinz Sachsen und Anhalt** soll bereinigt mit der 1. Anhaltischen Landesmissionsversammlung in Cöthen am 4., 5. und 6. September stattfinden.

---

§ **Ermlitz.** 15. Aug. Das hiesige Rittergut verkaufte an Händler 10 Morgen Frühkartoffeln zum Selbstausroden. Bald entwickelte sich eine lebhafte Tätigkeit, viele Frauen waren angenommen worden und in kurzer Zeit waren die Felder leer. Die geernteten Früchte kamen sofort in Wagenladungen nach Leipzig, wo selbstverständlich sich schnell Liebhaber zu enormen Preisen fanden. Da das Geschäft sich lohnte, wollten die Händler nunmehr alle Kartoffelfelder des Rittergutes aufkaufen. In dankenswerter Weise ist dies von der Rittergutsverwaltung abgelehnt worden, da es notwendig erscheine, daß auch die Einwohner von Schkeuditz mit Winterkartoffeln versorgt werden müßten. Diese Rücksichtnahme ist jedenfalls mit Freuden zu begrüßen.

ck. **Günthersdorf,** 15. Aug. Sicherem Vernehmen nach soll das Landjägeramt hier in nächster Zeit neu besetzt werden. Der bisher hier stationierte Landjäger Eckert, welcher in den Ruhestand getreten ist, wird, wie verlautet, von dem Landjäger Peter aus Kötschau ersetzt.

ck. **Göhren,** 15. Aug. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag wurde der Photograph Müller aus Böhlitz-Ehrenberg von einem beladenen Kohlenauto umgefahren. Derselbe wollte an dem langsam bergauf fahrenden Auto mit dem Rad vorbeifahren, als das Auto plötzlich so weit rechts fuhr, daß er mit dem Rad zwischen Chausseebaum und Auto kam. Von letzterem wurde er umgerissen, er fiel vom Rade und brach das Bein. Auf seine Hilferufe hielt das Auto an, der Chauffeur stieg ab, besah sich den Unfall und fuhr dann, ohne dem Bitten des Verunglückten, ihn bis zum nächsten Gasthof mitzunehmen, nachzukommen. Der Verunglückte hatte sich schon zirka 100 Meter kriechend fortbewegt, als er von einem Passanten bemerkt wurde, welcher die Gutsmitbesitzerin aus dem Schloße weckte. Bei diesen fand er dann Aufnahme. Der herbeigerufene Arzt legte ihm einen Notverband an. Der Verunglückte konnte am andern Morgen mittels Gefährt nach Zeitz gefahren werden.

Mücheln und Umgegend.

: **Aus dem Geiseltale,** 15. Aug. In letzter Zeit sind häufig Klagen über das Verhalten vieler Radfahrer eingelaufen. Uniformiertes schnelles Fahren besonders in den Ortschaften und an Straßenkreuzungen, unberechtigtes Benutzen der Bürgersteige und Fußgängerwege, Nichtzumgeweichen der Fußgänger und Unterlassen der Klingelzeichen treten besonders hervor. Zur Bekämpfung dieser Unsitte wird der Radfahrverkehr in der nächsten Zeit besonders scharf überwacht und Übertretungen ohne Verwarnung zur Anzeige gebracht werden.

: **Mücheln,** 15. Aug. Der nächste Sprechtag für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und sonstige Versorgungsberechtigte findet am 24. August 1921, von 9,30 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags in Mücheln im Rathaus, Rathaussaal, Tür links statt. Vorherige Anmeldung der Ausfunftsbedürftigen beim Versorgungsamt Naumburg ist notwendig. — Die Mühlenvereinigung im Kreise Querfurt hat die Mindestmahllöhne vom 15. August ab auf 12 ℳ für den Zentner Weizen, Roggen oder anderes Getreide festgesetzt.

: **Querfurt,** 12. Aug. Von einem mit Paketen beladenen Handwagen, der am Döcklertor hielt und bei dem sich zwei Schulknaben befanden, stahl am Dienstag vormittag ein Radfahrer im Vorüberfahren ein Paket und fuhr in schnellstem Tempo in der Richtung Eisleber Straße weiter. — Aus einem Eisenbahnwagen in Oberröblingen wurden 6 Zentner Zucker, 29 Kilo Gefrierfleder und 12 Kilo Margarine gestohlen. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

: **Querfurt,** 12. Aug. Die erledigte Rentmeisterstelle bei der Kreis- und Forstkasse hier ist dem Rentmeister Zieharth in Berlin verliehen worden. Die übergabe der Dienstgeschäfte an den Genannten ist bereits erfolgt.

: **Querfurt,** 15. Aug. Ein neuer Einbruch wurde im Gasthof „Zur Tanne“ verübt. Den Spitzbuben, von welchen noch jede Spur fehlt, fielen 25 Glas Eingemachtes in die Hände.

: **Liebenstädt,** 15. Aug. Nachdem kürzlich beim Lehrer Schreiber in Prettitz durch Einbruch Wäsche und beim Kaufmann Reiber in Reinsdorf Zigarren, Schokolade und andere Waren im Werte von etwa 5000 ℳ gestohlen worden waren, stiegen Diebe in das Gehöft des Landwirts Viktor Ritter hier, und zwar am hellen Tage, nachmittags zwischen 2 und 5 Uhr. Da alle Hausbewohner bei der Erntearbeit auf dem Felde waren, hatten die Diebe ein leichtes Arbeiten. Es fielen ihnen etwa 600 ℳ bares Geld, Stoff zu einem Anzuge, Goldschmuck, ein Paar neue Schuhe und verschiedene andere Gegenstände in die Hände. Den Dieben ist man auf der Spur. Auch die Feldbiebstähle nehmen hier dermaßen überhand, daß eine Polizeitruppe für die hiesige Gegend ganz angebracht wäre und ihren vollen Dienst haben würde.

: **Nebra,** 10. Aug. In dem unweit von hier entfernten Prettitz ist im Schulhause in der Wohnung des Lehrers der zurzeit verreist ist, nachts ein Einbruch verübt worden. Die Diebe haben Wäsche, Kleidungsstücke und andere wertvolle Gegenstände mitgenommen und sollen mit dem Automobil, wie sie gekommen, so auch schnell sich wieder entfernt haben.

: **Nebra-Roßleben,** 15. Aug. Der Bauarbeiterverband für den Bezirk Nebra-Roßleben und Umgegend hat sich mit den Arbeitgebern dahin geeinigt, daß mit Rücksicht auf die Lebensmittelverteuerung vom 18. August ab eine Lohnerhöhung von 20 Prozent zu zahlen ist.

Blüten **Mitesser** Pickel
Ausschlag und alle Hautunreinigkeiten werden Sie schnell verlieren und nicht wieder erhalten, wenn Sie nach dem Waschen ein wenig **Kombella** einreiben. Sie sparen sich dann viel Geld durch wertlose Quacksalbereien!
Kombella die nichtfettende Hautcreme in Friedensware wiederum in bekannt einfachiger Geschäftsform!
Tube 2,— u. 4,— in Friedenswäre überall da!

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 61 — Dienstag, den 16. August 1921

Inter!

Die Zulage vom Januar hat sich nicht erfüllen lassen. Die Bisherige Auszahlung am 1. Juli, mit der eine Wiedergutmachung verbunden sollte, ist nicht erfolgt. Auch der 1. August ist vorüber, ohne daß die Zulage eintraf. Als Ausgleich hat das Reich auf die Bilanzsumme von 1919 10% aufgerechnet und für diese angenommene Bilanzsumme 15 Pfund gegeben. Der Zuschlag von 10% deckt den Bilanzzuwachs nicht. Ein Mehr vom Reiche zu erlangen, ist aber ausgeschlossen. Jedes übernommene Pfund kann daher nur mit der entsprechenden Pfund- und ½ Pfund Zucker für das Pfund bezahlt werden. Der Zucker fällt weg, wenn das Erzeugnis im freien Handel angekauft werden.

Die Verbraucherstelle ist im Gange.

Preußischer Staatskommissar für Volksernährung.
Im Auftrage: Rötger.

Veröffentlicht!
Merseburg, den 12. August 1921.
L. A. 890/21. **Der Magistrat.**

Auf Grund des § 28 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1. 3. (Reichs-Gesetzbl. S. 707) und des § 3 Abs. 1 der Ausführungsverordnung vom 27. Juni 1921 wird hiermit bestimmt, daß in denjenigen Kommunalverbänden, in denen die Unterverteilung der Getreideumlage auf die Erzeuger den Gemeinden übertragen ist, die Erzeuger den Gemeinden und die Gemeinden den Kommunalverbänden halten.

Berlin W 8, Wilhelmstr. 69a, den 13. Juli 1921.

Preußischer Staatskommissar für Volksernährung.
Im Auftrage: Rötger.

Veröffentlicht!
Merseburg, den 16. August 1921.
L. A. 877/21. **Der Magistrat.**

Viehhandelserlaubnis- und Viehkaufkarten 1922.

Anträge auf Ausreichung von Viehhandelserlaubnis- und Viehkaufkarten für das Kalenderjahr 1922 sind im Stadtkreis Merseburg der hiesigen Polizeiverwaltung, Rathaus, 1 Treppe, Zimmer Nr. 15, bis spätestens zum 15. September d. J. einzureichen. Die Anträge, welche unmittelbar beim Herrn Oberpräsidenten in Magdeburg oder Regierungspräsidenten hier gestellt werden, erhalten eine für die Antragsteller unpflichtige Bescheinigung, da sie von den genannten Behörden ausnahmslos der Polizeiverwaltung hier zurückgesandt werden. Die Einreichung der Anträge hat bis zum 15 September d. J. zu erfolgen; später eingehende Anträge verlieren den Anspruch auf rechtzeitige Erledigung.

Merseburg, den 16. August 1921.
P. III. 192/21. **Die Polizeiverwaltung.**

Anschlüsse an das städtische Elektrizitätswerk.

Die zur Herstellung von Anschlüssen zum Anschluß an das Elektrizitätswerk berechtigten Installateure sind:

Günther Liebmann, Entenplan 6
Paul Rudolph, Lindenstr. 6
Fritz Wagner, Karlstr. 8
Paul Schippe, Gr. Ritterstr. 21
Albert Köhler, Gottharstr. 35
Otto Strauch, Karlstr. 15
Otto Gerstenberg, Burgstr. 13
Max Friedrich, Gotthardstr. 13
Paul Grieb, Delgrabe 15

Landelektrizität Saalkreis Bitterfeld, Halle a. S. Magdeburgerstr. 67.

Installationen, welche von anderen als den vorgenannten Installateuren ausgeführt sind, werden nicht an das Netz des städtischen Elektrizitätswerks angeschlossen. Bestellungen Anderer werden bei Eingehen von unbeteiligten Installateuren nicht berücksichtigt.

Merseburg, den 14. Juli 1921.
VIII 22/21. **Der Magistrat.**

Verbot des Wegwerfens von Obstresten.

Leider kommt es immer wieder vor, daß Reste von Nahrungs- oder Genußmitteln aller Art, wie Wurstschalen usw. und zwar namentlich Obstabfälle, Kirschen, Erdbeeren, Stachelbeeren u. dergl. auf die Straße geworfen werden und daß dadurch die bisherige Sorglosigkeit auf der Straße liegende Obstreste, Kirschen usw. aufzulesen und zu verzehren, die Gefahr in sich birgt, daß die Straßenbahn, Fuhrwerke und Fußgänger, die Straßenpolizei eine entsetzliche Unglücks, einschen wie die Bevölkerung, nicht nur selbst nichts auf die Straße zu werfen, sondern auch die seiner Fürsorge unterstehenden Personen und die Kinder und das Gesindeche und Gesinde dieses Unwesens jeder Reste nach sämtlich hinzuweisen.

Merseburg, den 16. Juni 1921.
P. I. 226/21. **Die Polizeiverwaltung.**

Druck und Verlag der Firma Th. Böttner in Merseburg.

Torpedo modernste **Schreibmaschine**
Vertretung: Gustav Engel Söhne, Merseburg, Tel 205.
Neu eingeführt: Schreibmaschinen-Unterricht zu mäßig. Preisen. Anfang jederzeit.

Gegen Wanzen, Flöh' und Läuse
Nimmt **Riesolda** nur der Weise:
Augenblicklich wird gesund
Tier und Mensch und Katz und Hund!
In ½ Stunde vernichten Sie unter **Läuse** Garantie Kopf-, Filz- und Kleidersow. Brut (Niss.) Wanzen, Flöhe o. Mensch. u. Tier. „Riesolda“, g. gesch. Mitt. Wund. unschädl. Verk. nur Friseur Wanzel, Ob. Burgstr. 6.

Extra billig! Extra billig!
Schuhwaren
Herren-Arbeitsschnürstiefel äußerst stabil . . . . . von Mk. 139,00 an
Damen-Schnürstiefel hochelegant . . . . . von Mk. 110,00 an
Kinder-Schnürstiefel sehr empfehlenswert . 27/30 49,00 31/35 55,00
Hausschuhe, Pantoffeln und Turnschuhe in reichster Auswahl zu haben bei
Richard Schmidt jr., Schuhmachermstr., Seitenbeutel 3—5.

Sofort vertilgt unter Garantie samt Brut und Nissen Kopf-, Kleider- u. Filz- **Läuse** gesch. **Kampolda** bei Mensch u. Tier f. Wunden unschädl. **Wanzen** Sofort
Verkauf nur bei:
Ritter-Drogerie Werner Mahlfeld.

Das neue Modell der
Kappel
Schreibmaschine ist unerreicht!
Verblüffende Neuerungen! Federleichter Anschlag!
Allein-Vertreter:
Rich. Vormeyer, Halle a. S.,
Telephon 4538. Beesenstr. 17.
Spezial-Reparatur-Werkstatt f. Schreibmaschinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210816-18/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 5.— Mk., durch unsere Austräger 5.— Mk. und 50 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 5.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeb. Einzelnummer 30 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1.20 Mk., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 190 — Dienstag den 16. August 1921 — 48. Jahrg.

Die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen.

In seiner Schlußsitzung hat der Oberste Rat die Aufhebung der widerrechtlich gegen Deutschland verhängten Wirtschaftssanktionen beschlossen. Wenn man die Verhandlungen und den gefaßten Beschluß durchliest, könnte man, wenn die Sache für uns nicht so verteufelt ernst wäre, beli auflachen. Das ganze mutete wie eine wohleinstudierte Komödie an. Da Frankreich sich in der Frage der Wirtschaftssanktionen in einer völligen Isolierung befand, andererseits England darauf bestand, das Versprechen der Aufhebung einzulösen, so maskierte Herr Briand seinen Rückzug damit, daß er selber die Aufhebung der wirtschaftlichen Strafmaßnahmen befürwortete. Frankreich hat aber dennoch durchzusetzen vermocht, daß die militärischen Sanktionen vorläufig weiter gelten sollen. Herr Briand hat das mit der Bedrohung Frankreichs und den Leipziger Prozessen begründet. In Wahrheit ist es eine Verbeugung vor der Pariser Straße, die den französischen Premier immer wieder zu unsachlichen Konzessionen verleitet. England hat leider geglaubt, dem krankhaften französischen Prestigebedürfnis nachgeben zu sollen. Offenbar aber hat es dafür die Zusicherung erhalten, daß die Aufhebung auch der militärischen Sanktionen in Bälde erfolgen muß. In Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf wird sich also noch eine Zeitlang die französische Besatzung breit machen, wird Unkosten über Unkosten verschlingen und die deutschen Schulen und öffentlichen Gebäude ihren wichtigen kulturellen und sozialen Aufgaben entziehen. Für die Einwohner der besetzten Orte ist die Leidenszeit also noch nicht vorüber. Man darf auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne erneut auf das allerschärfste gegen diese ungesetzlichen, vertragswidrigen Sanktionen vor der gesitteten Welt Einspruch zu erheben.

Darüber darf man allerdings nicht im Zweifel sein, daß mit der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen der weitaus schlimmste Teil jener Bedrückungsmaßnahmen verschwunden ist, die die Londoner Konferenz über Deutschland gebracht hatte. Die Abschnürung des Rheinlandes durch die neugeschaffene Zollgrenze war eine furchtbare Bedrohung des ganzen besetzten Gebietes und eine schwerste Bedrückung der ganzen deutschen Wirtschaft. Daß es auch hier ohne Prestigepolitik nicht abging, zeigt die Tatsache, daß man die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen für den 15. September noch mit besonderen Bedingungen hat ausstatten zu müssen geglaubt. Von diesen Bedingungen ist die erste rein dekorativer Natur. Auch die Gegner wissen genau, daß am 31. August die fällige Zahlung von einer Milliarde Goldmark völlig beglichen sein wird. Aber Herr Briand muß seinen kriegstanzenden Indianern doch bei der nächsten Kammervorstellung wieder einige Skalps vorweisen können. Die zweite Bedingung, daß eine interalliierte Kommission die Einfuhrbewilligungen ihrer Länder nach dem besetzten Gebiete überwachen soll, ist in ihrer Wirkung noch nicht zu übersehen. Aber wir haben allen Grund, peinlichst darauf zu achten, daß diese interalliierte Einfuhrbewilligungsstelle uns nicht ein neues Loch im Westen verschafft. Offenbar will die Entente willkürlich in die deutsche Einfuhrpolitik eingreifen zugunsten der französischen Luxusmaren. Wenn aber die Reparation wirklich geleistet werden soll, dann ist gerade ein Einfuhrverbot für allen überflüssigen Luxus vonnöten. Daß die Kommission in Koblenz ein Übergangsregime einrichten soll, deutet darauf hin, daß diese „Bedingung" sofort „erfüllt" wird. Auch hier handelt es sich wieder um eine Schaustückpolitik, die nur den einen Beweis liefert, wie unsachlich Herr Briand operieren muß, wenn er sich vor seiner nationalistischen Kammer behaupten will.

Daß die Sitzung des Obersten Rates die Aufrechterhaltung der in Deutschland arbeitenden Kontrollkommissionen beschließen würde, war von vornherein anzunehmen. Da sie aber beim besten Willen nichts mehr auszurichten oder vielmehr zu tun haben, so hat selbst der Marschall Foch ihren schrittweisen Abbau empfohlen. Man wird sie also bald nach berühmtem Muster in Abwicklungsstellen umwandeln.

So unbefriedigend die Sitzung des Obersten Rates mit ihrer Verschiebung der oberschlesischen Entscheidung und mit dem Fortbestehen der militärischen Sanktionen für Deutschland ist, so kann doch nichts darüber hinwegtäuschen, daß ein namhafter Fortschritt mit der Aufhebung der Wirtschaftskonzessionen erzielt worden ist. Das Erreichte ist ein neuer Erfolg des Kabinetts Wirth, und niemand darf sich in Deutschland dem geringsten Zweifel darüber hingeben, daß unter anderen Voraussetzungen, d. h. bei Nichtannahme des Ultimatums und ohne den politischen Kurs ernster Erfüllungsabsicht, der jetzige Fortschritt nicht errungen worden wäre. So wenig er uns genügt, so sehr wir nach wie vor unser volles Recht fordern, so kann doch nur derjenige das Ergebnis verkleinern wollen, dem die furchtbaren Nöte und Sorgen der rheinischen Bevölkerung über die wirtschaftliche Losreißung vom Mutterlande völlig fremd geblieben sind. Die gegenwärtige Politik ist auch allein imstande, den Sieg des Rechts zu vervollkommnen.

Herabsetzung der Kohlenlieferungen.

Paris, 15. Aug. Wie der „Temps" mitteilt, hat die Reparationskommission die Kohlenlieferungen, wie sie im Abkommen von Spa vorgesehen sind, vorübergehend herabgesetzt. Diese Herabsetzung wurde von der Kommission für nötig gehalten, um einem augenblicklichen Produktionsdefizit Deutschlands Rechnung zu tragen. Das theoretische Programm von 2,2 Millionen Tonnen monatlicher Gesamtlieferung an die Alliierten bleibt unfrecht erhalten. Man sei sich aber darüber einig geworden, daß man von Deutschland mit besonderer Dringlichkeit die Lieferung von 1,6 Millionen Tonnen Kohlen verlangen müsse, wovon Frankreich und Luxemburg 1,1 Millionen zustanden. Das sei die Grundlage, auf der die Lieferung gegenwärtig vor sich gehe.

Die Beschlüsse der Finanzkonferenz.

Die interalliierte Finanzkonferenz ist neben der wichtigen Sitzung des Obersten Rates fast unbeachtet geblieben. Und doch hat auch sie bedeutungsvolle Beschlüsse gefaßt. So ist z. B. ein Übereinkommen getroffen worden, demzufolge der Wert der Saargruben einschl. der von Deutschland bereits in Natura geleisteten Lieferungen Frankreich auf die Rechnung der vor dem 1. Mai geleisteten Zahlungen angerechnet wird. Da diese Summen zweifellos den Gesamtbetrag der von Frankreich für Unterhaltung seiner Besatzungsarmee aufgebrachten Kosten übersteigen, so geht der Überschuß auf das Reparationskonto. Erfreulich ist auch der Beschluß, daß Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die bedeutenden Schwankungen des deutschen Wechselkurses zu vermeiden, die durch die Beschaffung fremder Devisen entstehen. Dagegen widerspricht der Beschluß, daß die von Deutschland bis zum 31. August 1922 gelieferte Kohle, die bisher zum englischen Exportpreis tarifiziert wurde, zum deutschen Inlandspreis berechnet werden soll, direkt dem Abkommen von Spa. Frankreich steckt auf diese Weise unverdientermaßen die Kleinigkeit von 140 Millionen Goldmark ein.

Der Film „Die Schwarze Schmach" auf Frankreichs Forderung verboten.

Der preußische Minister des Innern hatte in Konsequenz zweier Noten des französischen Botschafters Laurent den Antrag auf Widerruf der Zulassung des von der Bayerischen Filmgesellschaft hergestellten Films „Die Schwarze Schmach" bei der Oberprüfungsstelle gestellt. Die Noten gelangten in der Verhandlung zur Verlesung, sie fordern das Verbot des Films, weil er geeignet sei, die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu gefährden. Diesen Anträgen traten die Vertreter des Auswärtigen Amtes und des preußischen Ministeriums des Innern bei. Diesen Ausführungen suchte der Vertreter der Firma mit rechtlichen und sachlichen Gründen entgegenzutreten. Die Reichsregierung habe in wiederholten Erklärungen betont, daß sie sich niemals des Rechtes des Protestes, die Öffentlichkeit im In- und Auslande über Maßnahmen anderer Regierungen, die sie als unberechtigt oder entwürdigend ansehe, in angemessener Weise aufzuklären. Die Regierungsvertreter erwiderten, daß die Regierung sich nur gegen unwahre Darstellungen wende, daß aber in diesem Film auch eine Reihe nicht richtiger Tatsachen Verwendung gefunden habe. Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende Oberregierungsrat Bulcke die Entscheidung dahin, daß mit Stimmenmehrheit die Zulassung des Films für das Deutsche Reich widerrufen, der Film also verboten sei. Die Mehrheit sei bei ihrer Entscheidung insbesondere von der Erwägung ausgegangen, daß auch jede mögliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland vermieden werden müsse, zumal im gegenwärtigen Augenblick, und daß ein Propagandamittel nur wirken könne, wenn es ehrlich sei. Hier seien indes verschiedene unrichtige Tatsachen verwendet worden, das aber könne leicht dazu führen, daß sich die Propaganda für Deutschland zu einem Schaden für Deutschland umkehre. Andererseits aber habe die Oberprüfungsstelle die guten und vornehmen Absichten dieses Filmwerks und seine überzeugende Kraft voll anerkannt, die sich in einer geradezu erschütternden Wirkung einzelner Teile offenbare.

Die Lage im Reiche.

Das Sondergericht in Halle eingezogen.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist durch eine Verfügung des Reichsjustizministers nunmehr auch das außerordentliche Gericht in Halle a. S. aufgehoben worden. Damit hat das letzte der noch in Tätigkeit befindlichen Sondergerichte seine Tätigkeit eingestellt. Am Montag wurde die letzte Sitzung abgehalten. Die noch anstehenden Verfahren werden den ordentlichen Gerichten überwiesen.

Die neuen Steuern vor dem Reichswirtschaftsrat.

Der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat sich mit den Gesetzentwürfen über die Erhöhung der Kohlensteuer und Erhöhung der Einfuhrzölle beschäftigt. Gegen die provisorische Regelung der Kohlensteuer bis zum 31. März 1922, die der Entwurf vorsieht, wurden schwere Bedenken erhoben, da die grundsätzlichen Fragen der Kohlenbesteuerung unbedingt erledigt werden müßten. Die Frage wurde einem Unterausschuß zur Spezialberatung überwiesen. Den von der Regierung verlangten Zollerhöhungen trat der Ausschuß grundsätzlich bei, verlangte aber noch weitere Materialvorlegung.

Bayerische Vorstellungen in Berlin gegen die wilde Getreidespekulation.

München, 15. Aug. (WTB.) Ministerpräsident Dr. v. Kahr richtete laut der Bayerischen Staatszeitung infolge der durch die Vorgänge auf dem Getreidemarkt geschaffenen bedrohlichen Lage ein Telegramm an den Reichskanzler, worin erklärt wird, daß der Getreideaufkauf in Bayern infolge der Preistreiberei und der unbeschränkten Ausfuhr Formen angenommen habe, die nicht nur die Brotversorgung, sondern auch die öffentliche Sicherheit gefährde. Abhilfe sei nur durch die im § 42 der Reichsgetreideordnung dem Reichsernährungsminister eingeräumten Befugnisse möglich, von denen Gebrauch zu machen nicht nur im dringenden Interesse Bayerns, sondern auch des Reiches liege. Die Ablehnung des darauf bezüglichen bayerischen Antrages durch das Reichsernährungsministerium bedeutete er tief auch wegen der politischen Folgen. Er erbitte eine [illegible] des Ergebnisses. Wie [illegible] bayerische Gesandtschaft in [illegible] Reichskanzler mündlich [illegible]

[illegible] Friedensabkommens. [illegible] wird mitgeteilt, daß [illegible] Staaten und Deutschland [illegible] soll. Präsident Harding [illegible] wahrscheinlich noch vor [illegible] Grundlage der Vorschläge [illegible] werden. Inzwischen [illegible] durch die Amerikas [illegible] Alliierten sichergestellt [illegible]

[illegible] Kapp-Putsch beteiligt [illegible] gegen Berliner Polizei [illegible] Fluß zu kommen. [illegible] Bericht ist nunmehr, [illegible] der Anklage an die [illegible] Erörterungen veranlaßt worden. Das Reichsgericht wird, sobald diese Erörterungen eingegangen sein werden, über die Eröffnung des Hauptverfahrens Beschluß fassen, und sobald der Eröffnungsbeschluß vorliegt ist, wird der Termin für die Hauptverhandlung festgesetzt werden.

Gegen die Zwangswirtschaft.

Der Unterausschuß für Landwirtschaft und Ernährung des Reichswirtschaftsrats hat sich in einer Entschließung für die Aufhebung der Zwangswirtschaft zum 1. Oktober 1921 ausgesprochen. Die Entschließung verlangt ferner, daß das Zuckerzollgesetz und das Zuckerausfuhrverbot bis auf weiteres aufrechterhalten sind, da eine Zucker-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210816-18/fragment/page=0007